



AUSGABE 12 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 24.9.2003

## Amtszeit

S. 3

Längere Amtszeit für Bürgermeister? Uneinigkeit bei den kommunalen Spitzenverbänden in der Anhörung des Kommunalausschusses. Der Städtetag ist dafür; der Landkreistag möchte es bei fünf Jahren belassen.

## Wende

S. 6

Die Landestheater im Landtag: Wir bekommen immer stärker die Finanznot der Kommunen zu spüren. Denen wird das Geld knapp, Aufführungen der vier Reisebühnen für das Publikum vor Ort zu buchen.

## Lösung

S. 7

Für alle Auszubildenden im Programm Betrieb und Träger wird nach den Worten von Staatssekretär Bickenbach trotz Mittelkürzung eine Lösung gefunden. Der Wirtschaftsausschuss und Betroffene nahmen das gern zur Kenntnis.

## Erfolg

S. 12/13

Riesenerfolg: Über 40.000 Bürgerinnen und Bürger informierten sich an beiden „Tagen der offenen Tür“ über das Parlament. Auch die Unterhaltung kam nicht zu kurz.



Geld ist ein flüchtiges Gut. Es hat die Eigenschaft, weniger zu werden. Unangenehm für alle, auch für die Kassenwarte der öffentlichen Haushalte. Das schmerzt – vor allem die, die mit staatlichen Leistungen rechnen. Sie wehren sich, oft in aller Öffentlichkeit. Aber auf der Straße wird nicht über das notwendige Sparen entschieden, das geschieht immer noch im Parlament. Der Landtag beschließt in sozialer Verantwortung über den Landeshaushalt. Die Landtagsabgeordneten erörtern und legen mit Mehrheit fest, wo gespart werden kann und wo nicht. Ein Landeshaushalt ist eben mehr als die abgebildete Geldbearbeitungsmaschine, die in der Düsseldorfer Bundesbank-Niederlassung Euros zählt, sortiert und wieder in den Währungskreislauf zurückführt. Foto: Schälte

## Das Geld wird knapp: Die Politik muss sparen

## Wort und Widerwort:

### *Doppelhaushalt – Konsolidierungschance oder doppelte Probleme?*

In anderen Bundesländern gängige Praxis, in Nordrhein-Westfalen einen Versuch wert – zum ersten Mal beraten die Landtagsabgeordneten in den kommenden Wochen und Monaten einen Doppelhaushalt. Die Koalition sieht in diesem Instrument eine Möglichkeit, den Aufwand bei Aufstellung und Vollzug des Etats zu begrenzen und politische Schwerpunkte zu setzen. Die Opposition ist skeptisch: Beide Fraktionen halten einen Haushalt für zwei Jahre in konjunkturell schwierigen Zeiten nicht für geeignet. Außerdem sehen sie das bisher jährlich ausgeübte Budgetrecht des Parlaments in Gefahr (Seite 9).



# Inhalt

<b>Mehr Rechte fürs Parlament</b>	<b>2</b>
Der slowakische Staatspräsident Dr. Rudolf Schuster im Landtag	3
<b>Anhörung zur Gemeindeordnung: Längere Amtszeit für Bürgermeister?</b>	<b>3</b>
<b>Altlasten: Kooperation im Interesse der Umwelt</b>	<b>4</b>
<i>Sanierungsverband stellt im Ausschuss seine erfolgreiche Arbeit vor</i>	
<b>Rechtsausschuss diskutiert über Gladbecker Geiselangster</b>	<b>5</b>
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss durchleuchtet Landesgesellschaften	5
<b>Droht dem kulturpolitischen Auftrag der Reisebühnen Gefahr?</b>	<b>6</b>
<i>Kleinen Gemeinden geht das Geld fürs Theater aus</i>	
<b>Keine Mittel für schulmüde Auszubildende</b>	<b>7</b>
<i>Diskussion im Wirtschaftsausschuss</i>	
Gelsenwasser-Verkauf an Stadtwerke	7
<b>„Auf dieses Gesetz haben wir lange gewartet“</b>	<b>8</b>
<i>Landesregierung will Menschen mit Behinderungen umfassend gleichstellen</i>	
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>9</b>
<i>Doppelhaushalt – Konsolidierungschance oder doppelte Probleme?</i>	
<b>Handeln im Interesse der kommenden Generationen</b>	<b>10/11</b>
<i>Interview mit den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
<b>„Tag der offenen Tür“ im Landtag</b>	<b>12/13</b>
<i>40.000 Menschen aus NRW informierten sich</i>	
<b>Städtebauausschuss in Österreich, Slowakei und Tschechien</b>	<b>14</b>
<b>Einblick in den Kummerkasten unserer Nachbarn</b>	<b>15</b>
<i>Petitionsausschuss informierte sich in Polen und Litauen</i>	
<b>Jahrelange Odyssee von Arzt zu Arzt</b>	<b>16</b>
<i>Die Versorgung chronisch-rheumatisch erkrankter Frauen</i>	
<b>Die Biografie Franz Meyers: Vom Kommunalpolitiker zum Landesvater</b>	<b>17</b>
Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ am Wendepunkt	17
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>Altenpflegeausbildung: CDU propagiert saarländisches Modell</b>	<b>19</b>
Weiterentwicklung der Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege	19
<b>Hohe Begabung setzt sich nicht von selbst durch</b>	<b>20</b>
<i>Diskussion im Plenum über Situation und Perspektiven</i>	
<b>Gesetzentwurf: Weniger Wahlkreise und neue Grenzen</b>	<b>21</b>
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Jürgen Thulke (SPD)</b>	<b>23</b>
Zuckertest/Naschwerk/Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

## Mehr Rechte fürs Parlament

Alle sind sich einig. Die Landtagspräsidenten und alle Fraktionen. Bei der Debatte um die Föderalismusreform möchten auch die parlamentarischen Vertreterinnen und Vertreter ein Wörtchen mitreden. Damit die Weichen für die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung und die Zusammensetzung der entsprechenden Kommissionen nicht nur von den jeweiligen Landesregierungen bestimmt werden.

So schlossen sich auch alle Fraktionen in NRW dem gemeinsamen Antrag an, Landesparlamente gleichberechtigt in die Föderalismusreform einzubeziehen. Die Zeit drängt. Schon im März diesen Jahres hatte der nordrhein-westfälische Landtag in einer fraktionsübergreifenden Resolution einstimmig eine Beteiligung der Parlamente gefordert. Dies wurde auch im Beschluss des Konvents der Länderparlamente Ende März in Lübeck bestätigt.

Jetzt appelliert der Landtag an die Abgeordneten im Bundestag, den Einsetzungsbeschluss für die Föderalismuskommission so zu fassen, dass die gleichberechtigte Beteiligung der Landesparlamente gewährleistet ist. Der Landtagspräsident soll sich an das Präsidium des Bundestages wenden und sich für die Stärkung der Rechtsposition der Landesparlamente in der geplanten Kommission einsetzen.

### REFORMAUFGABE

Präsident Ulrich Schmidt hat sich immer für eine direkte Beteiligung der Landesparlamente beim Reformvorhaben eingesetzt. Für ihn ist es pure Selbstverständlichkeit, dass die vom Volk direkt gewählten Parlamente bei dieser wichtigen Reformaufgabe nicht übergangen werden dürfen, sondern gleichberechtigt neben Bundestag, Bundesregierung und Länderregierungen an den Beratungen beteiligt werden müssen.

Die Landesparlamente sind die wichtigsten Macht- und Entscheidungsträger in unserer föderalen Ordnung. Aber dies ist nur graue Theorie. In der Praxis haben die Parlamente schleichend an Macht verloren. Das liegt daran, dass der Bund seine Gesetzgebungskompetenz kontinuierlich ausgedehnt hat. Viele Verantwortlichkeiten haben sich auf die Europaebene verlagert. Und der Bundesrat ist ein Organ der Regierungen, in dem die Landesparlamente keinen unmittelbaren Einfluss haben.

All diese Entwicklungen sind eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie. Jetzt bleibt nur abzuwarten, ob der Druck ausreicht – und wie viele Landtagspräsidenten und Vertreterinnen und Vertreter der Parlamente in der Kommission ein Mitspracherecht bekommen. **SH**

STAATSEMPFANG/KOMMUNEN



Von Anfang an sei er für ein gemeinsames Europa eingetreten, bekannte der slowakische Staatspräsident Dr. Rudolf Schuster (l.) beim Empfang durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.). Der Staatspräsident weiter: Nordrhein-Westfalen sei für ihn immer ein Zuhause gewesen. Schuster, der in Begleitung des Botschafters der Slowakischen Republik und der deutschen Botschafterin in der Slowakei in den Landtag gekommen war, erinnerte daran, dass eines der ersten Austauschprogramme in der Zeit des Eisernen Vorhang mit Wuppertal stattgefunden habe. Landtagspräsident Ulrich Schmidt entgegnete, Deutschland habe den europäischen Weg der Slowakei „von Anfang an mit großer Sympathie begleitet und den Beitrittswunsch nach Kräften unterstützt“.

Foto: Schälte

Einen bunten Strauß von Vorschlägen der Oppositionsfraktionen CDU und FDP zur Änderung der NRW-Gemeindeordnung (GO) behandelte in einer öffentlichen Anhörung der Ausschuss für Kommunalpolitik (Leitung Jürgen Thulke, SPD) am 17. September. Bei der Verlängerung der Amtszeit von Bürgermeistern von fünf auf sechs oder acht Jahre gibt es, was selten vorkommt, keine einmütige Position der kommunalen Spitzenverbände. Der Landkreistag änderte seine Meinung und sprach sich nun für die Beibehaltung der fünfjährigen Amtszeit aus.

Professor Dr. Harald Hofmann (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln) beurteilte den Vorschlag der FDP, „Genderbeauftragte“ und „Genderausschüsse“ in die Gemeindeordnung aufzunehmen, als verbale Aufwertung der Gleichstellung, aber auch als Demontage der materiellen Einflussmöglichkeiten. Bei einem Bürgerbegehren aus dem Rat heraus hielt er eine „Flucht aus der Verantwortung“ für möglich und lehnte die Zulassung ab, ebenso Bürgerbegehren zu Planfeststellungs- und Bauleitplanverfahren.

Bürgermeister Werner Becker-Blonigen (Wiehl) befürwortete die Verlängerung der Wahlzeiten auf acht Jahre und Kumulieren/Panaschieren bei der Kommunalwahl als gewissen Machtverzicht der politischen Parteien und Stärkung der Bürger-Teilhabe. Von positiven Erfahrungen mit diesen beiden Vorschriften in Baden-Württemberg berichtete Ministerialrat Dr. Friedrich Gackenholt aus Stuttgart. In Niedersachsen mit fünfjähriger Wahlzeit wird die gesetzliche Festlegung der Amtszeit von acht Jahren erwartet.

## Anhörung zur Gemeindeordnung

### Längere Amtszeit für Bürgermeister?

Grundlage der Anhörung waren sieben Gesetzentwürfe von CDU und FDP sowie der Bericht einer Kommission des Innenministeriums vom Januar 2002. Neben der Verlängerung der Wahlzeit der Bürgermeister ging es um die Einführung von Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen. Auch die Verankerung des „Konnexitätsprinzips“ (Aufgaben- und Kostenverknüpfung) in der Landesverfassung mit ihren Folgen wurde behandelt. Ein Anliegen der FDP ist ferner, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen nur bei „dringendem“ öffentlichen Zweck zuzulassen.

zur Folgenabschätzung beim Konnexitätsprinzip für notwendig. Für lösungsbedürftig sah sie auch den Konflikt an, wenn erfolgreiche Bürgerbegehren ein Haushaltssicherungskonzept aushebeln. Der Städtetag hält die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister auf acht Jahre für sinnvoll, weil dadurch qualifizierte Bewerber einen ausreichenden Gestaltungszeitraum erhielten. Den Vorrang von privaten Unternehmen bei Aufgaben der Daseinsvorsorge lehnt der Städtetag ab. Weitgehend übereinstimmende Positionen vertrat Michael Becker für den NRW-Städte- und Gemeindebund.

1. Beigeordneter Franz-Josef Schumacher sprach sich für den NRW-Landkreistag gegen die Amtszeitverlängerung für Bürgermeister auf acht Jahre aus. Anders als früher angenommen, habe sich inzwischen eine geringere Wahlbeteiligung bei getrennten Wahlvorgängen herausgestellt. Der Landkreistag befürwortet jedoch die Verlängerung der kommunalen Wahlperiode auf sechs Jahre, also für Amtszeiten sowohl der Räte als auch der Bürgermeister. Bei der von der FDP geforderten Generationen-Verantwortung kommunalen Handelns warnt der Landkreistag vor „Überfrachtung“ der Gemeindeordnung und sieht solche Staatsziele besser in der Bundes- oder Landesverfassung untergebracht.

HAUSHALTSRECHT

Die Sicherung der „Daseinsvorsorge“ als öffentliche Aufgabe im Spannungsfeld der Liberalisierung aller Märkte befindet sich auch auf europäischer Ebene in der Diskussion. Aktueller Handlungsbedarf besteht bei der Neuordnung des kommunalen Haushaltsrechts (§§ 75 und 81 der GO) wegen der Einführung der kaufmännischen Buchführung.

Die Beigeordnete Dr. Gertrud Witte hielt namens des NRW-Städtetags ein Begleitgesetz

MIGRANTEN

Die Teilhabe von Migranten und das Interesse von Ratsmitgliedern und Verwaltung an Ausländerfragen seien durch die Einrichtung des Ausschusses für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten sehr viel größer geworden als bei den früheren Ausländerbeiräten, berichtete Ausschussvorsitzender Bernd Passmann aus Solingen. Bei der Vorgabe, Migrationsausschüsse zu bilden, könne NRW den Anfang machen, denn ein Drittel der nicht-deutschen Bevölkerung lebe hier.

Ebenfalls von der FDP vorgeschlagen und vom Landesverband NRW des Deutschen Kinderschutzbundes befürwortet: Kinderbeauftragte in den Gemeinden, Kinderräte, Kinderparlamente. Freiwillige Leistungen seien aufgrund der Finanznot bedroht.

# Altlasten: Kooperation im Interesse der Umwelt

## Sanierungsverband stellt im Ausschuss seine erfolgreiche Arbeit vor

Über die aktuelle Lage des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandes (AAV) hat sich der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD) am 17. September unterrichten lassen. Dazu gab AAV-Verbandsvorsitzender Dr. Heinz Bahn Müller einen Bericht ab.

Der 1988 gegründete und in Hattingen ansässige AAV hat die Aufgabe, Altlasten zu sanieren und aufzubereiten. Damit können in dem vom Strukturwandel geprägten Land NRW nicht mehr betriebsnotwendige Brachflächen zur Ansiedlung von Wohngebieten oder neuer Betriebe genutzt werden – das fördert die Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze und trägt dazu bei, die Umwelt vor den Folgen der zunehmenden Bodenversiegelung zu bewahren.

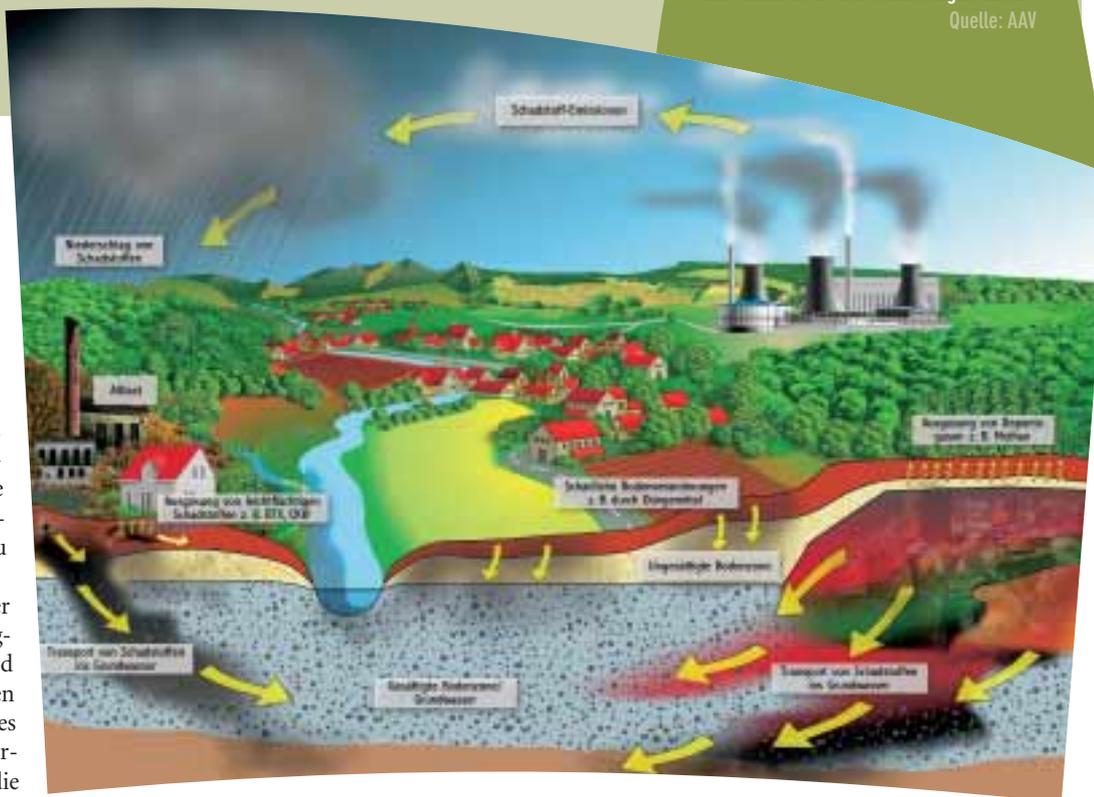
Während der „alte“ AAV – er firmierte unter Abfallentsorgung- und Altlastensanierungsverband NRW – nach dem so genannten „Lizenzmodell“ arbeitete, ist Basis des „neuen“ AAV die Kooperationsvereinbarung aus dem Jahr 2002, die vom Landesumweltministerium, den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und Wirtschaftsvertretern geschlossen worden ist. Die neue Vereinbarung wurde notwendig, nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, dass es nicht rechtens ist, die Wirtschaft an der Finanzierung der

Verbandsvorsitzender  
Dr. Heinz Bahn Müller  
Foto: Schälte



Verschiedene Ursachen – wie auf der Zeichnung dargestellt – können Altlasten und schädliche Bodenveränderungen haben.

Quelle: AAV



Altlastensanierung in Form der Erhebung von Abgaben für Erzeuger von Sonderabfällen zu beteiligen. Die Richter urteilten im Jahr 1998: Umweltschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft; deswegen müssten alle dabei mitwirken.

Das Kooperationsmodell des neuen AAV stellt eine völlig neue Form der Zusammenarbeit zwischen Land, Unternehmen und Fördervereinen der Entsorgungswirtschaft und der chemischen Industrie und den Kommunen dar. „In ihm beteiligen sich die in einem sondergesetzlichen Verband organisierten Akteure an der Finanzierung der Sanierung von Altlasten und Aufbereitung solcher Altlastengrundstücke, die ohne zusätzliche Finanzmittel nicht wieder für eine neue Nutzung zur Verfügung stehen würden.“ – wie es im jüngsten Jahresbericht des AAV heißt. Im Interesse der Umwelt ist also der Weg der Konfrontation, der das Lizenzmodell belastete, vom Modell der allseitig unterstützten Kooperation abgelöst

worden. Neben Verursacher- und Vorsorgeprinzip ist im Umweltrecht des Landes als dritte Säule die Kooperation getreten – ein über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens hinaus beispielgebendes Vorbild für die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft.

Als eines der Beispiele des erfolgreichen Wirkens des AAV schilderte in der Ausschusssitzung Verbandsvorsitzender Bahn Müller den Altstandort „Esplanade“ in Wesel. Bei diesem Projekt, an dem sich der AAV zusammen mit der Stadt Wesel beteiligte und beide zusammen 2,5 Millionen Euro aufwendeten, waren bereits 1995 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr getroffen worden. Hier plante nämlich ein Investor die Errichtung eines großen Einkaufszentrums. Inzwischen sei der Rohbau dieses rund 17 Millionen Euro teuren Bauvorhabens nahezu fertig gestellt. Das Einkaufszentrum wird rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft 2003 in Betrieb gehen können, teilte ergänzend AAV-Geschäftsführer Gerhard Kmoch mit.

## Rechtsausschuss diskutiert über Gladbecker Geiselangster

# Kein „Schnupperurlaub“ für Dieter Degowski

*Das Gladbecker Geiseldrama: Viele haben bis heute – 15 Jahre nach der Tat – die dramatischen Bilder noch vor Augen. Umso mehr versetzte es die Volksseele in Aufruhr, als Medien vor wenigen Monaten über angebliche Freigänge des zu lebenslanger Haft verurteilten Straftäters Dieter Degowski berichteten. Daraufhin baten die Oppositionsfraktionen die Landesregierung um einen Bericht. In der jüngsten Sitzung des Rechtsausschusses (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) stand Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) den Abgeordneten Rede und Antwort.*

Insgesamt zweimal durfte Dieter Degowski die Haftanstalt in Begleitung von Sicherheitsbeamten verlassen. Dies sei eine „ganz normale Maßnahme des Strafvollzugs“, erklärte der Minister in seinem Bericht, und keinesfalls irgendeine Form von Hafterleichterung oder gar – wie es in einigen Presseveröffentlichungen formuliert wurde – von „Schnupperurlaub“. Die „Ausführung“ diene einzig und allein dem Zweck, die „Lebenstüchtigkeit“ von Langzeithaftierten zu erhalten. Gerhards verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das „grundsätzlich auch der zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe Verurteilte Anspruch auf einen menschenwürdigen Vollzug haben muss“, mag er sich auch in noch so „schwerer und unerträglicher Weise gegen alles vergangen haben, was unsere Verfassung in der Werteordnung unter Schutz stellt“. Dem Aspekt der Sicherheit für die Bevölkerung sei ebenfalls „in ausreichendem Maße Rechnung getragen“ worden. Während seiner Ausführung sei Degowski, der mit der so genannten „Hamburger Fessel“ an Händen und Füßen fixiert war, von zwei bewaffneten und mit Diensthandy ausgestatteten Beamten begleitet worden.

Gerhards bezeichnete es als „unangemessen“ und als „ein falsches Signal“ an die Öffentlichkeit, dass dieser Punkt überhaupt auf die Tagesordnung der Sitzung gesetzt worden sei. Spekulationen und reißerischen Pressemeldungen werde dadurch erneut Tür und Tor geöffnet. „Wir sollten nicht auch noch dem Affen Zucker geben“, so Gerhards.

### MEDIENSCHELTE

Wenig Verständnis für die Vorwürfe Gerhards zeigte Dr. Robert Orth (FDP): „Wenn Sie sagen, es ist unangemessen, einen solchen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, dann fehlt Ihnen das politische Gespür.“ Aufgrund der bis dahin nie gekannten Medienpräsenz dieses Verbrechens habe die Öffentlichkeit, anders als bei anderen Fällen, in besonderem Maße Anteil an dem Schicksal der Geiseln genommen. Insofern hätte es klar sein müssen, dass Öffentlichkeit und Medien mit einem Aufruhr auf die Ausführungen eines Straftäters wie Degowski reagieren. Er wolle sich nicht prinzipiell der Ausführung auch von Schwerst-

straftätern verschließen. In diesem gesellschaftlich sensiblen Fall hätte jedoch die Politik im Vorfeld informiert werden müssen. Rücken- deckung für diese Einschätzung erhielt er von Dr. Rolf Hahn (CDU). Er teile zwar nicht die „Medienschelte“, zeigte jedoch Verständnis für das Misstrauen der Bevölkerung, das durch ein solches Verhalten geschürt worden sei. Den Abwägungsprozess zwischen „Lebenstüchtigkeit eines Menschen“ auf der einen und „Vertrauensschwund in die Justiz“ auf der anderen Seite bezeichnete er als gefährlich.

Zustimmung erhielt der Minister von Hans-Willi Körfges (SPD). Es handele sich bei der Ausführung um eine „normale vollzugliche Angelegenheit“. Die besondere Brutalität und das besondere Medieninteresse, das mit dieser Tat im Zusammenhang steht, dürfe nicht Grund dafür sein, die Öffentlichkeit vorab über diese Maßnahme zu informieren. „Ich persönlich hätte eine prophylaktische Behandlung dieses Punktes für ausgesprochen schwierig gehalten“, sagte Körfges. Sybille Haussmann (GRÜNE) stellte die Frage, wie überhaupt die Information über die Freigänge an die Öffentlichkeit gelangen konnte. Jeder Strafgefangene, auch ein Schwerverbrecher wie Dieter Degowski, habe das Recht auf Schutz einer gewissen Privatsphäre.

Zum Hintergrund: Am 16. August 1988 überfielen Dieter Degowski und Hans-Jürgen Rösner die Deutsche Bank in Gladbeck. Es kam zu einer Geiselnahme. Traurige Bilanz der 54-stündigen Verfolgungsjagd quer durch Deutschland und Holland: zwei Geiseln wurden von den Tätern kaltblütig erschossen, ein Polizist verunglückte tödlich, mehrere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Dieter Degowski verbüßt seine lebenslange Freiheitsstrafe in der JVA Werl. Im vergangenen Jahr hat das Oberlandesgericht in Hamm einen Antrag auf vorzeitige Haftentlassung aufgrund der „besonderen Schwere der Schuld“ abgelehnt. Die Haftdauer wurde auf mindestens 24 Jahre festgelegt. Der frühestmögliche Entlassungszeitpunkt ist somit im Januar 2013. **ax**

**Das weitere Verfahren** bei der Vorgehensweise des ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA I) in dieser Wahlperiode des Landtags stand Mitte des Monats auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung dieses Gremiums. Es hat den Auftrag, das Geschäftsgebaren der Landesgesellschaften zu durchleuchten. Die Mitglieder tauschten sich in nicht öffentlicher Debatte unter anderem darüber aus, wie die Arbeit zu strukturieren ist und welche Form und Inhalt Beweisanträge haben sollen. Unser Bild zeigt die Vorsitzende des PUA I, Oda-Gerlind Gawlik (SPD, L), und ihren Stellvertreter Herbert Reul von der CDU.

Foto: Schälte



Die Landestheater sind im ganzen Land ansässig. In Ostwestfalen residiert das größte, das Landestheater Detmold. Es ist im Kreis dieser Theater, die den landespolitischen Auftrag haben, qualitätvolle Auführungen in die ländlichen Räume und in die kleineren Städte ohne eigenes Theater zu tragen, das einzige Drei-Sparten-Theater. Wie Dirk Löchner, Verwaltungsdirektor in Detmold, betonte, stellt diese „größte Reisebühne Europas“ mit 280 Mitarbeitern über 560 Vorstellungen pro Jahr auf die Beine.

Kulturminister, die Mautpläne der Bundesregierung zu geißeln: Das würde den Landestheatern, die ohnehin finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, weitere Kosten verursachen.

Beim Rheinischen Landestheater Neuss sind nach dem Umzug ins neue eigene Haus die Besucherzahlen um 23 Prozent gestiegen, berichtete die künftige Intendantin Ulrike Schanko. Der im Jahr 2000 bezogene Theaterbau sei, so formulierte es die Sprecherin, „das feste Standbein für das bewegliche Spielbein“ – womit sie die auswärtigen Gastspiele meinte. Das Theater

Dem jungen Neusser Ensemble lägen der Dialog mit dem Publikum und die Jugend am Herzen. Neben großen Schauspielin-szenierungen gehöre auch pro Spielzeit eine musikalische Produktion zum festen Angebot. Schanko mit Blick auf die Arbeit aller Landestheater: „Es gibt in Nordrhein-Westfalen kein kulturelles Niemandsland.“

Das kleinste Landestheater, die Burg-hofbühne Dinslaken im Kreis Wesel, hat kein eigenes Theater, nur eine Studiobühne mit 40 Plätzen. Thorsten Weckherlin, ab kommendem Jahr Intendant, beschrieb die Aufgabe seines Hauses als „kulturelle Eingreiftruppe, schnell zu buchen, schnell vor Ort“. Sein Theater gastiere in 60 Gemeinden des Landes und wende dabei die eigene Kleinheit in einen Vor-teil: Das „mobile Kinder- und Jugendtheater“ sei in der Lage auf kleinsten Bühnen zu spielen, in Schulräumen oder Kindergärten.

## Kleinen Gemeinden geht das Geld fürs Theater aus

### Droht dem kulturpolitischen Auftrag der Reisebühnen Gefahr?

*Ob es wohl helfen wird? Vor den drohenden Wolken der finanzpolitischen Lage des Landes („Wir haben schlicht und einfach kein Geld“ – so ließ sich Kulturminister Dr. Michael Vesper von den GRÜNEN in der Sitzung aus) nutzten Sprecherinnen und Sprecher der vier nordrhein-westfälischen Landestheater die Bühne, die ihnen der Kulturausschuss unter Leitung seiner Vorsitzenden Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) bot.*

Die Hälfte davon würde in den mehr als 100 Gastspielorten in Nordrhein-Westfalen und angrenzenden Bundesländern gespielt. „Wir fahren zweimal im Jahr um die Erde“, bezifferte Löchner die Strecke, die Schauspieler und ihr Tross per Lkw dabei zurücklegen. Grund für die FDP-Abgeordnete Brigitte Capune-Kitka mit Seitenblick auf den grünen

habe einen Etat von 5,5 Millionen Euro. Davon würden über 600.000 durch Eigeneinnahmen erwirtschaftet; 2,5 Millionen kämen als Zuschüsse vom Land und 2,3 Millionen von der Stadt Neuss. Die Mitgliedsstädte und Kommunen zahlten 65.000 Euro.

Auch in schwerer Zeit Flagge zeigen: Die Sprecherinnen und Sprecher der Landestheater mit der Ausschussvorsitzenden. Von links nach rechts: Dirk Löchner, Thorsten Weckherlin, Sebastian Heindricks, Dr. Renate Düttmann-Braun, Sonja Wies vom Büro der Landestheater und Ulrike Schanko.

Foto: Schälte



#### SPIELE IM FREIEN

Der neue Intendant des Westfälischen Landestheaters Castrop-Rauxel, Sebastian Heindricks, legte die ganze Breite des Spielangebots seiner Bühne dar: Krimi, Boulevard, Musical, Jugendstücke, Kindertheater und natürlich auch klassisches oder zeitgenössisches Theater. Als besondere Errungenschaft erwähnte Heindricks die transportable Freilichtbühne und die Extra-Tribüne. Er betonte die Leistungsbereitschaft der Theaterleute: „Alle arbeiten auf Hochtouren.“

Oliver Keymis (GRÜNE) attestierte den Beschäftigten der Landestheater, mit ihrem Einsatz gingen sie „bis in die Nähe der Selbstaubeutung“. Manfred Böcker (SPD) wollte mehr über Probleme erfahren: Wie stehe es um die

Finanzsituation der Landestheater? Da konnte Dirk Löchner vom Wetterleuchten kommender Probleme berichten. Angesichts der Finanznot der Gemeinden werde um die Einkaufspreise für Aufführungen hart gerungen oder gar wegen der klammen kommunalen Kassen darauf verzichtet, Landestheater vor Ort spielen zu lassen.

Richard Blömer (CDU) sah die Landestheater in einem Zangengriff. Zum einen seien die „Abnehmerorte“ nicht mehr in der Lage, die Aufführungen zu bezahlen. Zum anderen könnten die Theater weitere Kostensteigerungen, etwa durch Tarifvertragssteigerungen, nicht mehr auffangen.

Ein wenig Trost gab es zum Schluss. Dirk Löchner noch einmal zur Lkw-Maut: Er habe an das Berliner Ministerium geschrieben und gebeten, die Wagen der Landestheater von der Abgabe zu befreien – analog zu den Ausnahmen, die für Zirkus- und Kirmesfahrzeuge geplant seien. Die Antwort stehe noch aus.

## Keine Mittel für schulmüde Auszubildende

### Diskussion im Wirtschaftsausschuss

„Verschärft die Landesregierung mit ihrer Kürzungssorgie die Katastrophe auf dem Ausbildungsmarkt?“ hatte die CDU formuliert. Unter Teilnahme einer großen Gruppe Betroffener diskutierte der Wirtschaftsausschuss in der vom stellvertretenden Vorsitzenden Hans Vorpeil (SPD) geleiteten Sitzung am 17. September in emotionsgeladener Stimmung die Streichung der Landesmittel für das erfolgreiche Programm „Betrieb und Träger“ (BuT).

Staatssekretär Jörg Bickenbach bestätigte, von der Kürzung im Landeshaushalt seien 980 Jugendliche betroffen. Das Wirtschaftsministerium suche gemeinsam mit dem Schulministerium für alle Teilnehmer am BuT-Programm persönliche Lösungen, vor allem durch Integration in das Programm „Betrieb und Schule“ (BuS), wo noch Mittel frei seien.

Das hielt Christian Weisbrich (CDU) für falsch, da es sich vor allem um schulmüde, mehr praxisorientierte Jugendliche handele. Er kündigte einen Antrag seiner Fraktion im Plenum an, diesen die Chancen betrieblicher Ausbildung zu erhalten. Dr. Gerhard Papke (FDP) stellte fest, es handele sich um ein Prozent der Summe der Steinkohlesubventionen. Die FDP werde konkrete Vorschläge vorlegen, wie bei der Mittelbereitstellung andere Prioritäten gesetzt werden könnten.

Weitere CDU-Redner wiesen auf die 30-jährige Erfahrung des Handwerks mit Berufsförderlehrgängen hin und kritisierten die späte Information von Trägern und Betroffenen, die nach den Sommerferien „im Regen stehen gelassen werden“ sollten. Es handele sich um einen

„lächerlich geringen“ Betrag, gemessen am Gesamthaushalt, und das Programm werde zudem von der EU mitfinanziert.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) appellierte an das Ministerium, vertretbare Alternativen anzubieten. Werner Bischoff (SPD) hielt den Vorschlag, die BuT-Teilnehmer in das BuS-Programm zu überführen, für eine Notlösung. Er wies den Vorschlag der Opposition, der Wirtschaftsausschuss solle ein gemeinsames Votum zur Fortsetzung des BuT-Programms abgeben, unter Hinweis auf den CDU-Antrag im Plenum zurück.

Staatssekretär Bickenbach räumte ein, es sei dem Ministerium nicht gelungen, die weitere Förderzusage vom Finanzministerium zu bekommen. Es gehe um 2,8 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt. Der außerordentlichen Verantwortung für die Jugendlichen sei man sich bewusst. Es gehe, außer um individuelle Lösungen, jetzt um „Posterioritäten“, um die Diskussion, welche Mittel im Kontext mit anderen Maßnahmen angesichts der Finanzknappheit noch vertretbar seien.

## Gelsenwasser-Verkauf an Stadtwerke

... wird geprüft und unterschiedlich beurteilt

Im Wirtschaftsausschuss bestätigte Staatssekretär Hans Krings (Innenministerium), die Übernahme der Gelsenwasser AG durch die Stadtwerke Bochum und Dortmund sei laut Gemeindeordnung anzeige- und auch genehmigungspflichtig. Die Bezirksregierung, bei der das Anzeigeverfahren laufe, prüfe auch die Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Ihr werde eine Marktanalyse vorgelegt. Weder der Ministerpräsident noch der Wirtschaftsminister hätten vorab dem Kauf zugestimmt. Das Innenministerium werde zügig entscheiden.

Christian Michael Weisbrich (CDU) hielt den Kauf für die erste Prüfung, wie ernst es die Landesregierung mit der Einschränkung kommunaler Wirtschaftstätigkeit laut geänderter Gemeindeordnung meine. Er wies auf erhebliche Auslandsaktivitäten und Tochtergesellschaften der Gelsenwasser hin, und hielt die Finanzierung aus Pensionsrückstellungsfonds für einen Skandal.

Dr. Gerhard Papke (FDP) hielt die Überführung eines florierenden privaten Unternehmens in Staatsbesitz für ein „Stück aus dem Tollhaus“ angesichts zunehmender Privatisierung von Staatsbetrieben und nach prominenten Fällen, bei denen die Folgen riskanter Geschäfte öffentlicher „Konzernlenker“ von der Allgemeinheit getragen werden müssten.

Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) wies Vermutungen, es handele sich um „Monopoly wildgewordener Kommunalpolitiker“, zurück und äußerte, aus wirtschaftspolitischer

Sicht schein das hochprofessionell gemanagte Geschäft ein lohnendes Investment zu sein. Die deutsche Wasserwirtschaft habe weltweit einen exzellenten Ruf und werde zu mehr Engagement im internationalen Markt geradezu gedrängt.



Dem Ausbau von Radwegen und Radstationen in NRW wandte sich der Verkehrsausschuss während einer dreitägigen, von der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Kreise organisierten Exkursion zu. Auf dem Foto, das vor dem Start einer Radtour im Urftal (Kreis Euskirchen) entstand, Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD, 3.v.l. neben Helmut Nikolaus vom Landesbetrieb Straßen) und (weiter r.) FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Ingo Wolf, Christof Rasche (FDP), Günter Langen (CDU, stellvertretender Ausschussvorsitzender), Clemens Pick (CDU) aus Nettersheim, dem Ziel dieser Tour. Rechts die neue einheitliche NRW-Radverkehrswegweisung.

# „Auf dieses Gesetz haben wir lange gewartet“

## Landesregierung will Menschen mit Behinderungen umfassend gleichstellen

*Menschen mit Behinderungen dürfen nicht benachteiligt werden. Dieser Vorschrift, niedergelegt im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes, entsprach bisher nicht immer die Lebenswirklichkeit der Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien. Die Landesregierung hat darum den Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes vorgelegt, der vom Plenum Mitte Mai in erster Lesung beraten und danach an den federführenden Sozialausschuss überwiesen worden ist. Der Ausschuss hat kurz vor der Sommerpause unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Ursula Monheim (CDU) eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf (Drs. 13/3855) durchgeführt.*



Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr ist und bleibt eine Aufgabe – zwar verfügt die Bahn (unser Bild) über spezielle Rampen, die Rollstuhlfahrern den Zugang zu den Zügen ermöglichen. Aber der personelle und technische Aufwand ist so groß, dass eine solche Reise immer noch keine Alltäglichkeit darstellt, sondern eher eine organisatorische Herausforderung. Foto: DB

Zu Beginn des Hearings im Plenarsaal kamen die Verbände der Betroffenen zu Wort. Sie lobten den vorliegenden Text: Er sei ein großer Fortschritt auf dem Weg zum längst fälligen Paradigmenwechsel von staatlicher Fürsorge zum selbst bestimmten Leben. Zustimmung fand etwa die beabsichtigte Einrichtung des Amtes eines/einer „Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen“, oder das vorgesehene Verbandsklagerecht. Der oder die Landesbeauftragte sollte sich von den anonymen Organisationen abheben, mit denen es Behinderte sonst so oft zu tun hätten, und „eine Person mit einem Namen und einem Gesicht“ sein, wurde gewünscht. Die kommunalen Beauftragten ihrerseits sollten zu einer Art Landesarbeitsgemeinschaft zusammen gefasst und verpflichtet werden, mit der/dem Landesbeauftragten eng zusammen zu arbeiten. Ihnen allen sei ein Vetorecht einzuräumen.

Skepsis angemeldet wurde bei den Vorschriften zur Barrierefreiheit beim Bauen und im Verkehr. Zum einen bezweifelte man, ob angesichts der oft fest zu stellenden „Nachlässigkeit der Bauherren“ die anvisierten Änderungen der Landesbauordnung ausreichend sein werden. Zum anderen gebe es schon seit Jahrzehnten Standards, die aber einfach nicht beachtet würden. Das treffe auch für den Verkehr zu. Hier könnten einfache Umbaumaßnahmen stattfinden, die erheblich weniger kosteten als die Folgen eines schweren Verkehrsunfalls. Den Aufwendungen im Nahverkehr stünde zudem ein Mehrnutzen nicht nur Behinderte, sondern in der Regel auch für die Allgemeinheit gegenüber.

Einwände gab es zum Thema „Zielvereinbarungen“, die zur Herstellung von Barriere-

freiheit zwischen den Behindertenverbänden und kommunalen Körperschaften abgeschlossen werden sollen. Ein Redner empfand dies als „Zumutung“, weil er darin den Versuch sah, die Verantwortung für die zu schaffende Barrierefreiheit im kommunalen Bereich den ehrenamtlichen Verbänden zuzuschieben „und sie die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen“.

### KOSTEN

Auf finanzielle Aspekte machten die kommunalen Spitzenverbände (bei grundsätzlicher Zustimmung zum Anliegen) aufmerksam. Zwar hatte eine Sprecherin des Landesbehindertenrats gleich zu Beginn der Anhörung darum gebeten, dass sich die Situation der leeren öffentlichen Kassen nicht zu Lasten der Behinderten auswirken möge – die hätten schließlich lange genug auf dieses Gleichstellungsgesetz gewartet. Aber der Sprecher des Städtetags NRW goss – bei allem Engagement, das er den Gemeinden zur Verbesserung der Situation bescheinigte – Wasser in den Wein mit der Bemerkung, „in den Zeiten von Haushaltssicherungskonzepten und Aufnahme von Kassenkrediten zur Deckung der laufenden Pflichtaufgaben stellt jede neue Aufgaben- und Leistungsausweitung ein im Grunde nicht mehr zu lösendes Problem dar“. Der Gesetzgeber sollte sich darum auf das „Leistbare“ beschränken und in einzelnen Feldern „sachlich begründete Ausnahmetatbestände zulassen“.

Eine zügige Umsetzung des Gesetzes könne nur erfolgen – damit spielte die kommunale Seite dem Gesetzgeber den Ball zurück –, „wenn das Land NRW seinen Kommunen hierfür auch die notwendigen Finanzmittel erschließt“.

Mehr Mitwirkung reklamierten für sich die Wohlfahrtsverbände. Es sei nicht ausreichend, wie vorgesehen dem Landesbehindertenrat die Stellung als Landesbeauftragten einzuräumen: „Neben dem Landesbehindertenrat bestehen in NRW weitere Dachverbände und Selbsthilfeorganisationen, die satzungsgemäß für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einstehen“. Die Architektenkammer schließlich machte darauf aufmerksam, barrierefreies Bauen sei im Bestand wegen örtlicher Gegebenheiten und technischer Umstände oft nicht möglich. Darum sei auch hier eine Regelung vorzusehen, die Ausnahmen ermögliche, wenn die Ansprüche an barrierefreies Bauen „nur unter unzumutbaren Aufwendungen umzusetzen“ seien.

VON ERWIN SIEKMANN (SPD)

Die Beratung des Haushalts ist unbestritten die wichtigste Aufgabe des Parlamentes. Auf den ersten Blick könnte man vermuten, dass die Aufstellung eines Doppelhaushaltes dem Selbstverständnis des Parlamentes entgegensteht, jährlich sein Budgetrecht auszuüben. Dem ist nicht so. Die Möglichkeit, einen Doppelhaushalt – nach Jahren getrennt – aufzustellen, lässt die Landesverfassung ausdrücklich zu. Ein Doppelhaushalt besteht aus zwei Einzelhaushalten, die nur in einem Gesetzgebungsverfahren verabschiedet werden. Das verfassungsmäßige Prinzip der „Jährlichkeit des Haushalts“ wird dadurch also nicht berührt! Die Vorteile eines Doppelhaushaltes liegen auf der Hand:

- Reduzierter administrativer und politischer Aufwand im zweiten Haushaltsjahr
- durch einen Haushaltsnachtrag kann auf bestimmte politische Entwicklungen punktgenauer reagiert werden
- das verstärkt von der Wirtschaft und Wissenschaft kritisierte Jährlichkeitsdenken wird durchbrochen und der Blick auf Folgekosten geschärft
- die Festlegung politischer Schwerpunkte wird deutlicher und entsprechende Planungen verbindlicher, zum Beispiel bei unserem landespolitischen Ziel Nr. 1: bessere Schulen.

Ein Besuch der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses in Stuttgart hat im Übrigen diese Argumente bestätigt. Dort hat der Landtag jahrelange Erfahrungen mit Doppelhaushalten. Und dort haben sich die Mitglieder aller Fraktionen für die Aufstellung von Doppelhaushalten ausgesprochen.



VON VOLKMAR KLEIN (CDU)

Der Landtag soll nach dem Vorbild anderer Länder einen Doppelhaushalt 2004/2005 beraten. Es bleibt abzuwarten, ob die Koalitionsfraktionen diesmal durchhalten.

Denn schon 1971 sollte es eigentlich einen Doppelhaushalt geben. Doch der Entwurf von Ministerpräsident Heinz Kühn wurde in der SPD-Fraktion kassiert.

Das Budgetrecht des Parlamentes wird durch einen Doppelhaushalt eingeschränkt, da es nicht mehr jährlich Debatten über den Landeshaushalt gibt. Die Erfahrung zeigt zudem, dass Doppelhaushalte relativ anfällig sind für die Notwendigkeit von Nachtragshaushalten.

Die Koalition will bei der dramatischen Finanzlage natürlich gerade jetzt zum Doppelhaushalt übergehen, um problematische Kürzungen in sensiblen Themenfeldern durchzubringen: vor der Landtagswahl 2005 gibt es keine Haushaltsberatungen.

Die Steuereinnahmen werden vermutlich auch wieder nach dem Prinzip Hoffnung veranschlagt. In Zeiten größerer Stabilität ist ein Doppelhaushalt sinnvoller als in der heutigen Situation.

Die CDU wird prüfen, ob der für November angekündigte Doppelhaushalt den Kriterien des Verfassungsgerichtshofs entspricht. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass sich die Landesregierung endlich an Recht und Gesetz hält.



Doppelhaushalt – Konsolidierungschance oder doppelte Probleme?



VON DR. STEFAN GRÜLL (FDP)

Zuvorderst steht die Taktik: Rot-Grün flüchtet sich in einen Doppelhaushalt, um sich nicht kurz vor der Landtagswahl 2005 mit Interessengruppen über den Etat zu streiten. Aber auch aus sachlichen Gründen ist der Doppelhaushalt verfehlt: Nach den dramatischen Einnahmeeinbrüchen der letzten Jahre und der höchstrichterlich festgestellten Verfassungswidrigkeit der beiden letzten Haushalte ist in diesen Zeiten ein verantwortungsvoller Haushalt für zwei Jahre nicht zu planen. Es fehlt die Prognose-Sicherheit, Rot-Grün beraubt sich in der konjunkturell unsicheren Lage der Chance, bei Fehlentwicklungen rechtzeitig Kurskorrekturen vornehmen zu können.

Wenn dann erneut Einnahmeeinbrüche zu verzeichnen sind, bedarf es eines Nachtragshaushalts, der die Planungssicherheit der nachgeordneten Ebenen stark einschränkt: In den Städten, Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden führt die Verabschiedung des Doppelhaushaltes erst Ende Januar 2004 zu starken Behinderungen bei der ordnungsgemäßen Haushaltsplanaufstellung. Viele Kommunen werden ihre Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 erst im dann laufenden Jahr abschließen und den Haushalt aufstellen können. Bis zur Verabschiedung müssen sie mit einer vorläufigen Haushaltsführung leben. Investitionen bleiben dadurch aus und wirken negativ auf die lokale Wirtschaft.



Eine Landesregierung, die nicht in der Lage ist, einen ordentlichen Jahreshaushalt aufzustellen, sollte auf einen Doppelhaushalt verzichten.

VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Der Doppelhaushalt ist zunächst einmal nicht mehr als ein technisches Instrument. Formal passiert nicht mehr, als dass in einem Haushaltsverfahren zwei Haushaltsjahre parallel gelesen und beschlossen werden. Ein solches Verfahren bietet verschiedene Vor- und Nachteile. Die Chance zur Konsolidierung ist allerdings nichts Immanentes – die Chance zur Konsolidierung hängt vielmehr am seidenen Faden des politischen Willens.

Ein Doppelhaushalt ist doppelt schwierig, weil mit ihm Unwägbarkeiten verbunden sind, insbesondere die, die aus einer unsicheren konjunkturellen Entwicklung erwachsen. In den vergangenen Jahren ist uns immer wieder ein Aufschwung prognostiziert worden, der im Verlauf der Zeit dann nicht eingetreten ist. Die Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte waren und sind immens. Allein aufgrund dieser Erfahrungen ist ein Doppelhaushalt doppelt schwierig.

Für uns Grüne ist ein Doppelhaushalt nur dann sinnvoll, wenn wir die doppelte Chance zur Konsolidierung nutzen. Unsere Fraktion hat deshalb ihre Bereitschaft erklärt, einem Doppelhaushalt zuzustimmen, unter der Bedingung, dass „gleichzeitig im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik zwingend notwendige Strukturreformen (Budgetierung, Aufbau eines Kapitalstocks) umgesetzt werden und sichergestellt ist, dass ausreichend disponible Mittel für eine sozial-ökologische Reformpolitik in NRW zur Verfügung stehen.“



**Welche strukturellen Probleme hat der Haushalt in NRW? Steht NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern besser oder schlechter da?**

**Walsken:** Der Landeshaushalt ist in einer doppelt schwierigen Lage: Einmal brechen aufgrund der konjunkturellen Situation Steuereinnahmen deutlich weg. Zum zweiten drohen uns weitere Belastungen aufgrund bundesgesetzlicher Zusammenhänge, so dass wir zurzeit sagen müssen, 1,6 Milliarden Euro sind einzusparen. Das werden wir auch strukturell durch Haushaltskonsolidierung machen müssen. Wir werden zudem mögliche Auswirkungen aus einem Vorziehen der Steuerreform in Betracht ziehen müssen. Das ist im Moment noch nicht genau kalkulierbar, wird aber nach ersten Hochrechnungen auch einen Betrag um 1,3 Milliarden beinhalten, so dass wir heute schon sagen können, es wird recht schwierig, diese Gesamtsumme als Konsolidierungsmaßnahme im Haushalt durchzuführen. Wir befinden uns da in einem Konzert mit allen großen Bundesländern, die auch kaum in der Lage sind, über Konsolidierungsmaßnahmen einen Haushaltsausgleich herbeizuführen und die wahrscheinlich auch wieder darüber nachdenken müssen, die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts auszurufen.

**Diegel:** Seit dem Start von Rot-Grün im Jahre 1995 haben sich die Landesschulden von 65 Milliarden Euro auf mehr als 95 Milliarden Euro erhöht. Das ist eine Steigerung um 46 Prozent in nur acht Jahren. Gleichzeitig hat das Land mehr als 32 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt.



Gisela Walsken (SPD)

Das Land muss sich jedes Jahr höher verschulden, weil es nicht einmal mehr die Zinsen für Landesschulden zahlen kann.

Die Zinsen fressen die Substanz des Landes auf. Die Lage in Nordrhein-Westfalen spitzt sich so dramatisch zu, wie bei keinem anderen Flächenland.

länder. Ein strukturelles Problem ist sicher der Personalkostenbereich, insbesondere die Pensionsverbindlichkeiten, für die wir bis jetzt mit keinerlei Rückstellungen vorgesorgt haben. Da hat man die Interessen nachfolgender Generationen schlicht und ergreifend vergessen. Ein anderes Problem, das speziell NRW hat, ist der Strukturwandel im Ruhrgebiet, der aber gerade nicht die Aufrechterhaltung der Erhaltungssubventionen rechtfertigt.

**Müller:** Alles in allem denke ich, dass NRW nicht wesentlich schlechter oder besser da steht als andere Länder. Sicherlich gibt es Ausnahmen, aber jedes Land ist eben auch anders. Ein grundsätzliches, strukturelles Problem, sehe ich in der fehlenden Flexibilität des Haus-

## Haushalt im Januar verabschiedet Handeln im Interesse der kommenden Generationen

*Die Lage ist ernst. Die Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr einen neuen Rekordstand erreichen. Trotz der angespannten Lage plant die Landesregierung für die Jahre 2004/2005 einen Doppelhaushalt einzubringen. Über die derzeitige Haushaltslage sowie über Hoffnungen und Sorgen hinsichtlich des Doppelhaushalts sprach Landtag intern mit den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen, Gisela Walsken (SPD), Helmut Diegel (CDU), Angela Freimuth (FDP) und Edith Müller (GRÜNE).*

halts. Das Verhältnis der gesetzlich gebundenen Ausgaben zu den freien, verplanbaren Mitteln ist nicht günstig und gewährt uns kaum Handlungsspielraum. Zu den gebundenen Mitteln

zählen im Wesentlichen die, zu denen wir aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen verpflichtet sind, Zinszahlungen sowie Ausgaben für das Personal, dazu gehören auch die Pensionen. Hier werden wir zu Flexibilisierungen kommen müssen. Von heute auf morgen wird das nicht zu erreichen sein. Ein wichtiger Schritt ist die Reform des öffentlichen Dienstes.

**Wo drohen weitere Gefahren im Haushalt?**

**Walsken:** Es könnten weitere Gefahren aus der Kommunalfinanzreform auf Bundesebene drohen. Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht Veränderungen bei der Gewerbesteuer vor. Wir denken darüber nach, die Gewerbesteuerbasis zu erweitern, also auch Mieten, Zinsen und Pachten mit einzubeziehen. Das wird natürlich dazu führen, dass wir eine Veränderung in der Länderverteilung der Gewerbesteuer haben werden. Und da plant der Bund, die Länder entsprechend zu beteiligen. Wir sind jedoch der



Helmut Diegel (CDU)

Meinung, eine Gemeindefinanzreform kann nicht zu Lasten der Länder erfolgen. Zweites Thema ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Hieraus wird es Minder Ausgaben für die Gemeinden zu Lasten des Bundes geben. Der Bund diskutiert zurzeit darüber, diese rund 10 Milliarden zu einem großen Teil auch wieder an die Länder weiter zu geben. Von daher gibt es hier eine ganze Reihe struktureller Probleme, die uns drohen.

**Diegel:** Die Versorgungslasten des Landes werden in den nächsten Jahren dramatisch steigen; allein 2004 um mehr als 10 Prozent. Damit wird die heute schon bei 42,5 Prozent liegende Personalkostenquote weiter steigen. Zudem ist absehbar, dass selbst die im Nachtragshaushalt 2003 vorgesehene Nettoneuverschuldung von 5,7 Milliarden Euro nicht ausreichen wird. Rot-Grün hat die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen abgewürgt und sich damit Steuereinnahmen in Milliardenhöhe abgeschnitten. Wenn es mit der Wirtschaft nicht kräftig bergauf geht, drohen 2004/2005 weitere Haushaltslöcher in Milliardenhöhe.

**Freimuth:** Die drohenden Pensionsverbindlichkeiten sind Sprengstoff für die Haushalte der kommenden Jahre, wenn wir nicht vorsorgen. Wir haben zum Haushalt 2003 den Antrag gestellt, zumindest für die neu einzustellenden Beamtinnen und Beamten eine Pensionsvorsorge einzurichten. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Das wäre aber mal ein Einstieg gewesen in eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Wir haben von 1990 bis 2002 eine Steigerung von 94,8 Prozent im Bereich der Versorgungsausgaben gehabt. Da ist mit Freiheit und Gestaltungsspielräumen für unsere eigene Generation schon nichts und für die Nachfolgenden erst recht nichts.

**Müller:** Eine große Gefahr besteht in der konjunkturellen Schwäche, die wir zurzeit erleben, mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Wenn wir nicht damit beginnen, vorausschauender zu planen, ausreichend zu konsolidieren und unsere Einnahmen zu stabilisieren, sehe ich die Gefahr, noch tiefer in die Schuldenfalle abzugleiten. Ich plädiere deshalb auch für einen nationalen Stabilitätspakt.

### Wie sieht der Zeitplan aus?

**Walsken:** Das Kabinett wird am 23. September abschließend den Haushaltsentwurf beschließen. Dann gibt es wie immer die Drucklegungsphase bevor wir den Entwurf Mitte November ins Plenum einbringen werden. Es ist dann geplant, den Entwurf Ende Januar 2004 zu verabschieden.

**Diegel:** Die CDU-Fraktion hofft, dass die Landesregierung Anfang November einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf einbringen wird. Wahrscheinlich wird die November-Steuerschätzung den Entwurf bereits wenige Tage nach seiner Einbringung schon wieder überholen.

**Freimuth:** Wir hatten ja schon einen Zeitplan. Es bleibt abzuwarten, ob und wann die Landesregierung sich im Kabinett auf einen Haushaltsentwurf verständigen kann. Bislang sind deren Beratungen nicht abgeschlossen. Ich bin gespannt, ob der Entwurf dann auch dem Wirtschaftlichkeitsgebot Rechnung trägt.

**Müller:** Meine Fraktion hat die Absicht, bis zur Weihnachtspause die wesentlichen Beschlüsse zu fassen. Abschließende Beratungen sind für Anfang Januar vorgesehen, Ende Januar entscheidet dann das Parlament.

### Hat die vom Verfassungsgerichtshof in Münster für verfassungswidrig erklärte Praxis, Rücklagen aus Schulden zu bilden, Konsequenzen für den Doppelhaushalt 2004/2005?

**Walsken:** Sicherlich werden wir das Verfassungsgerichtsurteil berücksichtigen und mit mehreren Stellen im Haushalt noch mal abgleichen müssen. Es wird sicherlich Auswirkungen haben. Ich denke beispielsweise an den Pensionsfonds, den wir gebildet haben und der nach der Recht-

sprechung zumindest so, wie er derzeit in der Presse diskutiert wird, nicht machbar ist.

**Diegel:** Besondere Bedeutung für den Doppelhaushalt 2004/2005 haben die Vorgaben des Verfassungsgerichts zum Wirtschaftlichkeitsgebot und zur Verschuldungsbegrenzung. Das Gericht hat den jahrelangen Haushaltstricksereien ebenso ein Ende gesetzt wie dem Substanzverzehr auf Kosten unserer Kinder, für die vor allem der heutige Ministerpräsident verantwortlich ist. Auf Rücklagen wird die Landesregierung 2004/2005 nicht zurückgreifen können. An Aufgabenkritik, Schwerpunktsetzung und solider Finanzpolitik geht kein Weg mehr vorbei. Wenn das Kabinett sich daran nicht hält, wird Ministerpräsident Steinbrück erneut Schiffbruch erleiden.



Edith Müller (GRÜNE)



Angela Freimuth (FDP)

Fotos: Schälte

**Freimuth:** Konsequenzen hat es hoffentlich. Das ist schon eine kräftige Ohrfeige, die das Verfassungsgericht dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber verpasst hat. Das Verfassungsgericht hat deutlich gesagt, dass wir an nachfolgende Generationen denken und eine wirtschaftliche und nachhaltige Finanzpolitik betreiben müssen. Ich erwarte auch von den Koalitionsfraktionen, dass sie gegenüber „ihrer“ Landesregierung etwas selbstbewusster auftreten und dass wir als Parlament insgesamt mit dem Bewusstsein auftreten, dass wir der Haushaltsgesetzgeber und nicht der Bittsteller der Landesregierung sind.

**Müller:** Wir haben gemeinsam mit der SPD die Landesregierung aufgefordert, künftig trotz der bisherigen Staatspraxis von der Bildung und der Auflösung von allgemeinen Rücklagen in einem kreditfinanzierten Haushalt Abstand zu nehmen und damit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zu entsprechen.

*Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz, Jürgen Knepper und Axel Bäumer.*

# Riesenerfolg: 40.000 Menschen beim „Tag der offenen Tür“

## Ein zufriedener Landtagspräsident: „Wir zeigen ein offenes Haus“

*Es war ein friedvolles und erlebnisreiches Fest. Ganze Familien machten einen Ausflug zu ihrem Landesparlament. Egal ob Jung oder Alt - bei schönstem Spätsommerwetter strömten 40.000 Bürgerinnen und Bürger zum Landtag - ihre Zahl übertraf damit locker alle optimistischen Schätzungen im Vorfeld. Die interessierten Besucherinnen und Besucher informierten sich am Rheinufer über die Landespolitik und die Menschen, von denen sie hier im Landesparlament vertreten werden. Aus erster Hand zeigen ihnen die Politiker der vier Fraktionen, Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und viele der Beschäftigten der Landtagsverwaltung, was ein Parlament ausmacht - nicht trocken und langweilig, sondern lebendig und zum Mitmachen.*



Gefragter Interviewpartner: Landtagspräsident Ulrich Schmidt.

die Macht - Wir und unsere Stadt“ ging an das Jugendparlament in Herdecke. Das neue Informationsangebot des Landtags Fresh.NRW.de hatte seinen Auftritt.

Über-

all standen Sammelbüchsen, die Spenden kamen Kindern aus Afghanistan zu Gute.

Der Hausherr, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, war am Ende der beiden „Tage der offenen Tür“ voll zufrieden: „Ich bin für Transparenz. Unser Parlamentsgebäude ist für alle 18 Millionen Menschen im Land offen. Dass dies gern angenommen worden ist, haben wir an den zwei Tagen gesehen. Besonders freue ich mich, dass so viele Jugendliche an diesem Weltkindertags-Wochenende ins Haus gekommen sind“.

Gerade die jungen Leute bekamen einiges geboten. Der Landtagspräsident ehrte die auf Landesebene arbeitenden Kinder- und Jugendparlamente. Der erste Preis im Wettbewerb „Kinder an

Nicht nur Kinder drängten sich in einem Raum zusammen, der im Stil von 1000 und einer Nacht dekoriert war. In seinem Büro las CDU-Fraktionschef Dr. Jürgen Rüttgers Märchen vor. Die SPD hatte ein Herz für die Jüngsten: Damit sich ihre Eltern, Oma und Opa, ungestört umsehen konnten, gab es eine fraktionseigene KiTa, die die unter Sechsjährigen umsorgte. Die Liberalen hatten Clown Pepe engagiert, der auch als Magier, Pantomime, Artist und Jongleur brillierte. Handsignierte Fußbälle von bekannten Mannschaften der ersten Bundesliga wurden versteigert. Der Erlös ging an das Jugenddorf St. Raphael



DJ Ötzi begeistert die Kinder



Von der Besucher­menge dicht umlagert – die Bühne im Landtag.

in Düsseldorf. Bei den GRÜNEN grünte es mächtig. Auf „echtem Rasen mit echten Sonnenblumen“ konnten Kinder gemeinsam mit „echten“ Hühnern und Kühen auf einem kleinen Bauernhof basteln.

Und alle Altersgrenzen spielten keine Rolle mehr, als der Stargast aus dem Show-Bizz, DJ Ötzi („Politik find´ ich gut, darum bin ich hier“), auf die Bühne sprang und seine Songs schmetterte und die Halle zum Mitsingen und Mitmachen brachte. Danach gab es Auto­gramme vom „Anton aus Tirol“.

Bei aller Show, die „ernste“ Politik kam durchaus zu ihrem Recht. Beim Polit-Talk auf der Bühne diskutierten SPD-Fraktionschef Edgar Moron, Helmut Stahl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Ingo Wolf und GRÜNEN-Fraktionschefin

Sylvia Löhrmann über die Aufgabe des Parlaments und darüber, wie man am besten junge Menschen an die Politik heranführt.

Dass Politik und Gesellschaft ohne Engagement der Menschen nicht auskommen, machte die Ehrung von 136 Fluthelfern der DLRG

durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Plenarsaal deutlich: Sie wurden für ihren Einsatz beim Hochwasser in Dessau, Torgau und Meißen geehrt, wo sie Deiche sicherten, Menschen evakuierten und mit Lebensmitteln, frischem Trinkwasser und Medikamenten versorgten.

In sein Lob für die beiden Tage der offenen Tür schloss der Landtagspräsident ausdrücklich die vielen ein, die mit ihren kreativen Beiträgen das Programm gestalteten, die Helfer von Polizei, Feuerwehr und Sicherheits- und Rettungsdiensten, die ihre Freizeit opferten, die Beschäftigten des Landtagsrestaurants, die dafür sorgten, dass die Besucherinnen und Besucher mit Essen und Getränken versorgt wurden, und die über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Arbeit für das Landesparlament vorstellten und zu Information und Gelingen beitrugen.



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) liest.

Edgar Moron (SPD) verlost.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) kickert.

Dr. Ingo Wolf (FDP) versteigert.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt zeichnet die Kinder- und Jugendparlamente aus.



Spenden für afghanische Kinder.

Fotos: Schälte

Beispiel der mittelalterlich geprägten Stadt Prag:

## Substanzerhaltung beflügelt den Wandel

*Eine Kommission des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen des Landtags hat unter Leitung des Vorsitzenden Wolfgang Röken (SPD) Österreich, die Slowakei und Tschechien besucht. Zweck der Informationsreise waren die Qualitätsoffensive im Wiener Wohnungsbau sowie die städte- wie wohnungsbaupolitischen Entwicklung in den beiden osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten.*



Im Gespräch mit dem Deutschen Botschafter Hans-Henning Horstmann im Garten der Wiener Botschaft: Stellvertretender Ausschussvorsitzender Heinz Sahnén CDU (L.) und Vorsitzender Wolfgang Röken (Mitte).  
Foto: Harald Holler

Traditionell weist der Wiener Wohnungsbau gute Beispiele auf. Die Qualität des sozialorientierten Wohnbaus ist ein Imagefaktor für die Stadt Wien – sicherlich eine Besonderheit unter den Metropolen. Dennoch hat die Stadt Wien mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) in den vergangenen acht Jahren verstärkte Anstrengungen unternommen, die Qualität des öffentlich geförderten Wohnungsbaus weiter anzuheben. Dabei ging es vor allem darum, die Kosten zu senken und zu akzeptablen Mietkonditionen zu kommen und gleichzeitig die architektonische und ökologische Qualität des Wohnbaus zu steigern.

In der Wiener Qualitätsoffensive gab es vier Etappen. Sie erstreckten sich auf die Einführung von neuen Qualitätsstandards und Verfahren und das Etablieren der Bauträgerwettbewerbe und des Grundstücksbeirates über das Justieren der stadtentwicklungspolitischen Ausrichtung bis hin zur Anregung von Innovationen und Experimenten.

Diese Etappen zeigen, dass die Wohnbaupolitik von der auf Mengenleistung ausgerichteten Wohnraumversorgung auf nicht integrierten Standorten mit Infrastrukturbedarf abrückt und zu einer Strategie des „guten Beispiels“ kommt. Dabei spielen Aspekte wie Eingebundenheit der Standorte, Auslastung vorhandener Infrastruktur, Strukturimpulse für erneuerungsbedürftige Stadtteile, soziale und ethnische Integration sowie technologische Tests und Vorlagen neben den standardmäßigen Qualitätsanforderungen in planerischer, ökonomischer und

ökologischer Hinsicht eine immer bedeutendere Rolle. So wird die Wohnbaupolitik und die Förderpraxis zu einem unlösbaren Bestandteil einer Stadtentwicklungspolitik, die nach den Phasen des quantitativen Wachstums in die Fläche sich auf ein qualitatives Wachstum in der Stadt umorientiert. Damit setzt der Wiener Wohnbau auch heute wieder Zeichen, die vorbildlich sind und eine hohe internationale Aufmerksamkeit mit sich bringen.

### DYNAMISCHE ENTWICKLUNG

In der Slowakei führte die Informationsreise in die Hauptstadt Bratislava und die Städte Kosice und Presow im Osten des Landes als Sitz der neuen Selbstverwaltungsbezirke. Bei Gesprächen im Parlament, im Ministerium für Aufbau und regionale Entwicklung sowie den Selbstverwaltungsregionen und Magistraten wurden die vielfältigen Anstrengungen deutlich, das Land im Wohnungs- und Städtebau nach vorne zu bringen und dabei das bauliche Erbe der Vergangenheit zu bewahren. Die geschichtliche Entwicklung hinterließ ihre Spuren vor allem in zahlreichen Baudenkmalern in den Stadtzentren, die zu

Denkmalschutzgebieten erklärt wurden. Die tschechische Hauptstadt Prag ist ein profiliertes Beispiel für den Zusammenhang, dass sich die Erhaltung historischer Substanz auch ökonomisch lohnt. Die Stadt gehört seit Jahrhunderten zu den kulturellen Zentren Europas. Nach der politischen Wende im Herbst 1989 befindet sich die Stadt in einem dynamischen Wandel. Diese Veränderungsdynamik trifft auf eine städtebauliche Struktur, die in Europa einzigartig ist. Prag ist die einzige europäische Großstadt, deren Stadtkern seit dem Mittelalter praktisch vollständig erhalten geblieben ist. Seit der Wende werden enorme Anstrengungen zur Restaurierung der Bausubstanz im Zentrum der Stadt unternommen. Gleichzeitig haben sich aber auch zwischen dem Zentrum und den Randbereichen der Stadt erhebliche Entwicklungsunterschiede ergeben. Die positiven Beispiele der Zusammenführung von historischer Bausubstanz mit moderner Architektur sind weltweit bekannt, wie beispielsweise das „Tanzende Haus“ des amerikanischen Architekten Gehry direkt am Donauufer, womit bewiesen wird, dass sich die Erhaltung historischer Substanz in der Stadt auch ökonomisch lohnt.

## Einblick in den Kummerkasten unserer Nachbarn

### Petitionsausschuss informierte sich in Polen und Litauen

*Die Informationsreise der Kommission des Petitionsausschusses nach Polen und Litauen sollte Einzelheiten der sozialen Folgen des EU-Beitritts Polens und Litauens im Hinblick auf die Besonderheiten mit der Petitionsarbeit erörtern. Dazu führte die Kommission eine Reihe interessanter Fachgespräche. Die Informationsreise sei vor diesem Hintergrund insgesamt als ausgesprochen förderlich für die tägliche parlamentarische Arbeit im Petitionsausschuss zu werten, urteilte rückblickend die Vorsitzende des Ausschusses, Barbara Wischermann (CDU).*

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Justiz, Zbigniew Wassermann, berichtete über die Arbeit dieses Gremiums des polnischen Parlaments. Bei den Eingaben gehe es vor allem um Fälle aus dem sozialen Bereich. Daneben werde die Arbeitsweise des Gerichtssystems immer wieder kritisiert, etwa im Hinblick auf verzögerte Bearbeitung von Gerichtssachen. Der Ausschuss arbeite mit dem Büro für Bitten und Beschwerden des Parlaments zusammen. Im Jahr erreichten das Parlament etwa 25.000 Eingaben.

Der angesehene Strafrechtler der Universität Krakau, Professor Dr. Andrzej Zoll, ist Ombudsman der Republik Polen. Er sei auf Ministeriebene angesiedelt, erklärte Zoll. Seine Behörde verfüge über rund 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Ombudsman werde vom Parlament gewählt, erforderlich sei eine 3/5 Mehrheit, die Amtsdauer betrage fünf Jahre. Er sei verpflichtet, dem Parlament jährlich einen Bericht abzugeben. Als Ombudsman kämen ihm ausgedehnte verfassungsrechtliche Befugnisse zu; er könne auch Organstreitver-

fahren im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen anstrengen. Auch normale Gerichtsverfahren könne der Ombudsman initiieren. Ihn erreichten an die 55.000 Beschwerden pro Jahr. Um seiner gesetzlichen Aufgabe gerecht zu werden, habe der Ombudsman ausgedehnte Akteneinsichtsrechte und weitere Rechte auch strafprozessualer Art.

#### KLIMAWANDEL

Was den Verwaltungsstil und die Verwaltungskultur in Polen angehe, so seien die Arbeitsweise der Verwaltung und der Auftritt gegenüber den Bürgern deutlich besser geworden als zu kommunistischen Zeiten. Es sei jedoch längst noch nicht genug getan worden. Er setze sich sehr stark dafür ein, dass der europäische Kodex für eine gute Verwaltung auch für Polen verbindlich werde.

Letztlich unklar blieb das Verhältnis der Zuständigkeit des Ombudsmans und der Zuständigkeit des Parlaments (Büro für Bitten und Beschwerden). In jedem Fall reichen die Befug-

nisse des Ombudsmans weiter als die des Büros für Bitten und Beschwerden. Aus Sicht der nordrhein-westfälischen Praxis würde es sich empfehlen, den Ombudsman und das Büro für Bitten und Beschwerden zusammenzufassen, so wie dies sich in der Praxis bewährt hat. Auch in Litauen legten die Mitglieder des Petitionsausschusses des litauischen Parlaments die Rechte des Petitionsausschusses dar. Danach hat der Ausschuss die Befugnis, die zuständigen Behörden vorzuladen und um eine Stellungnahme zu bitten. Der Petitionsausschuss sieht seine Hauptaufgabe darin, Anregungen und Hinweise der Bürger auf Änderungen der Rechtsvorschriften entgegenzunehmen und ein parlamentarisches Verfahren zur Änderung unangemessener oder fehlerhafter Vorschriften in Gang zu setzen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass es neben dem Petitionsausschuss des Parlaments auch die Einrichtung der so genannten „Kontrolleure“ gibt; hier handelt es sich um Beamte der Parlamentsverwaltung, die durch das Parlament bestellt werden. Jedem Kontrolleur ist ein Stab von Mitarbeitern beigeordnet. Die Beschlüsse der Kontrolleure enthalten Empfehlungen an die Landesverwaltung. Die Kontrolleure prüfen insbesondere auf Eingaben der Bürger hin, ob das geltende Recht eingehalten wurde und der Verwaltung Menschenrechtsverletzungen unterlaufen sind.

Hervorgehoben wurde der enge Kontakt der Kontrolleure zu den Gerichten, insbesondere in Strafsachen. Die Kontrolleure haben die Befugnis, Strafverfahren in Gang zu bringen. Pro Jahr gehen etwa 3.000 Eingaben bei den Kontrolleuren ein. Im Unterschied zum Petitionsausschuss halten die Kontrolleure auch monatliche Sprechstunden ab. Möglicherweise – dieser Eindruck drängte sich jedenfalls den nordrhein-westfälischen Besuchern auf – würde Litauen gut daran tun, das nordrhein-westfälische Modell des Petitionswesens zu übernehmen. 



*Noch lacht sie – aber gleich schließt sich das Brett und Vizepräsidentin Edith Müller steht am Pranger der Ritterleute von der Burg Satzvey. Sie kam erst nach einem Schuldbekentnis und einem Obulus wieder frei, den sie und die gaffenden Zuschauer zu entrichten hatten. Der Landtag war eine der Stationen des Festivals der guten Taten, das in Form eines mittelalterlichen Heerzugs mit Rittern, Musikern, Gauklern und Schwertkämpfer durch das Land reiste. Die Spenden sind für die Aktion Mensch bestimmt.*

Foto: Meyer



Eine erste Bilanz nach zweijähriger Arbeit hat die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ gezogen. Dabei wurde deutlich, dass weiterhin Defizite in der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Mädchen bestehen. Eine geschlechtergerechte Versorgung setze das Eingehen auf die jeweiligen Bedürfnisse voraus und sei keinesfalls mit der Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu verwechseln. Die Vorsitzende der Kommission, Marianne Hürten (GRÜNE, 2.v.r.) bei der Pressekonferenz wörtlich: „Frauen sind anders krank und müssen auch anders behandelt werden.“ Das müsse in Diagnostik und Prävention stärker berücksichtigt werden. Mit auf dem Bild sind Ursula Doppmeier (CDU, r.), Inge Howe (SPD, 2.v.l.) und Dr. Ute Dreckmann (FDP, l.).  
Foto: Schälte

## Diagnose chronischer Dauerschmerz:

# Jahrelange Odyssee von Arzt zu Arzt

*Die Versorgung chronisch-rheumatisch-erkrankter Frauen war Thema einer Anhörung der Enquetekommission Frauengesundheit vor der Sommerpause. Dabei wurde deutlich, welchen Leidensweg viele der Erkrankten zurücklegen müssen und in welche Dimensionen in den kommenden Jahren sich die volkswirtschaftlichen Kosten entwickeln werden, die die Behandlung von Fibromyalgie, chronischer Arthritis und Osteoporose verursacht.*

Rheumatische Erkrankungen – der Begriff ist seit 2.000 Jahren geläufig, die Ursachen der Krankheit sind bis heute weitgehend unbekannt – gehören zu den am weitesten verbreiteten chronischen Leiden in nahezu allen Industriegesellschaften. Sie belegen den ersten Rang bei den Arbeitsunfähigkeitstagen, den Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation und bei der Berentung wegen krankheitsbedingt verminderter Erwerbsfähigkeit.

Die wenigen Studien, die sich systematisch mit geschlechtsspezifischen Themen auseinandergesetzt haben, zeigen, dass Frauen häufiger von rheumatischen Erkrankungen betroffen sind und häufig schwerere Krankheitsverläufe haben. Die Enquetekommission hat in dem Expertengespräch aufschreckende Erkenntnisse zu den Krankheitsbildern Fibromyalgiesyndrom (chronischer Dauerschmerz), Osteoporose und

chronische Polyarthritis gewonnen. Viele betroffene Frauen haben eine langjährige Odyssee von Arzt zu Arzt hinter sich, bis sie endlich die eindeutige Diagnose erfahren.

Wissenschaftlich bewiesen ist auch, dass ein Fünftel der an Fibromyalgie erkrankten Frauen in der Kindheit Gewalt und Missbrauchserfahrungen gemacht haben, so Professor Dr. Egle von der Universität Mainz. Die Patientinnen konnten aufgrund dieser Erfahrungen ihr Stressbewältigungssystem nicht ausreichend entwickeln. Es habe sich herausgestellt, dass Frauen mit einem gestörten Konfliktverarbeitungssystem zu Autoaggressivität neigen und gerade die Fibromyalgie eine Folge davon sein kann.

Lebensgeschichtlich werde diese Fibromyalgieerfahrung häufig von Generation zu Generation weitergegeben. So beschrieb Professor Dr. Lakomek (Klinik Minden) regelrechte Fibromyalgiefamilien, in denen Töchter Schmerzerfahrungen der Mütter aufnehmen und die gleiche Symptomatik entwickeln.

Im Gegensatz zu der gängigen Auffassung, dass es sich bei Rheuma um eine „Alte-Leute-Krankheit“ mit ein paar geschwellenen Fingern handelt, geht es vielmehr um eine schwere, prognostisch extrem ungünstig verlaufende Systemerkrankung mit einer hohen Krankheitslast für die Betroffenen und hohen Folgekosten für die Gesellschaft. Nur etwa 20 Prozent der erkrankten Menschen in Deutschland sind in fachärztlicher Behandlung, so Dr. Rieke Alten, Schlossparkklinik Berlin. Davon erkranken Frauen vier Mal so häufig wie Männer. Diese Erkrankung treffe überwiegend junge Frauen und Frauen im mittleren Lebensalter.

Nach Untersuchungen aus Deutschland entwickeln sich bei einer rheumatoiden Arthritis (RA) innerhalb der ersten drei Jahre bei 70 Prozent der Patienten irreversible Schädigungen der gelenknahen Knochen, bei 30 kommt es zu Handdeformitäten und 25 Prozent werden krankheitsbedingt berentet, so Privat-Dozent Dr. Langer, Düsseldorf. Ein Patient mit dieser Erkrankung verursacht durchschnittlich jährliche Gesamtkosten von 15.000 Euro. Die stationäre Behandlung ist mit 50 Prozent der höchste einzelne Kostenblock.

## OSTEOPOROSE

Unter Osteoporose versteht man „porös gewordene Knochen“. Wenn der Prozess des Knochenabbaus so weit fortgeschritten ist, dass der Knochen den im täglichen Leben auf ihn einwirkenden Kräften nicht mehr gewachsen ist, dann kommt es zum Knochenbruch. Rund fünf Millionen Menschen sind an Osteoporose erkrankt, davon 80 Prozent Frauen und 20 Prozent Männer. Geschätzte Kosten: mehr als eine Milliarde Euro jährlich, so Professor Dr. Lakomek, Minden. Besonders betroffen sind Frauen nach den Wechseljahren und unter einer Langzeit-Cortisonbehandlung, vor allem bei entzündlichen Rheumaleiden wie RA zu 72 Prozent.

Jede zehnte Frau könnte nach den Wechseljahren eine potentielle Osteoporosepatientin werden. Trotzdem wird die Hälfte aller Osteoporosefälle nicht diagnostiziert. Während derzeit an die 130.000 Schenkelhalsfrakturen jährlich im Krankenhaus behandelt werden, wird diese Zahl in den nächsten zehn Jahren auf 150.000 Fälle und bis 2040 auf etwa 200.000 Fälle ansteigen, erklärte Professor Dr. Pientka von der Universität Bochum. Angesichts der Milliardenkosten, die durch unzureichende Prävention und Information verursacht werden, ist es schon aus gesundheitsökonomischen Gründen nicht verständlich, warum so wenig für die an Osteoporose erkrankten Patienten getan wird.

## Vom Kommunalpolitiker zum Landesvater

Vorstellung der Biografie  
Franz Meyers im Landtag



*Eine steile Karriere hat Franz Meyers im Nachkriegsdeutschland gemacht: Aus den bescheidenen Anfängen in der Mönchengladbacher Kommunalpolitik ist er Innenminister geworden und bis in das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gelangt. Dabei hat er die politische Entwicklung an Rhein und Ruhr entscheidend beeinflusst und dazu beigetragen, ein Wir-Gefühl in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.*

Der Autor und sein Werk: Stefan Marx präsentiert die Meyers-Biografie.  
Foto: Schälte

Auch bundespolitisch hat er gewirkt: „Keine Experimente“ – mit diesem Wahlspruch bei der Bundestagswahl 1957, die Meyers als Organisator der CDU leitete, ist er legendär geworden.

Das alles und noch viel mehr schildert der Autor Stefan Marx auf über 500 Seiten in seiner politischen Biografie mit dem Titel „Franz Meyers 1908 – 2002“. Am 18. September haben Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der Verfasser das Werk der Öffentlichkeit vorgestellt. „Franz Meyers hatte gern Gesellschaft um sich, erzählte exzellent und war im Besitz einer einfachen, natürlichen Rednergabe. Und genau die Fröhlichkeit und Offenheit, sein Optimismus und seine Fähigkeit, auf Menschen aller Bevölkerungsschichten zugehen zu können, haben ihn so beliebt, ja populär – sprich: zum Landesvater gemacht“, erklärte Schmidt zum Lebenswerk dieses herausragenden Politikers des Landes. Der Präsident dankte dem Verfasser der Biografie dafür, dass er Meyers Leben so akribisch unter die Lupe genommen habe. Er wünsche sich, dass das Buch viele, und vor allem auch junge Menschen, als Leser finden wird.

*Stefan Marx: Franz Meyers 1908–2002. Band 65 der Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens. Klartext Verlag Essen, 2003. Preis 27,90 Euro.*

## Demografie und Strukturwandel

Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ am Wendepunkt

*Mit der Vergabe des Forschungsauftrags „Städte- und Regionalmonitor“ sowie des Expertengesprächs zum Thema „Öffentlicher Raum“ hat die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ einen entscheidenden Wendepunkt ihrer Arbeit erreicht.*

Forschungsauftrag wie Expertengespräch bilden den Abschluss einer mehr als zweijährigen Forschungsarbeit der Kommission, in deren Verlauf über zehn Forschungsaufträge vergeben, drei Expertengespräche geführt und fünf Exkursionen in nordrhein-westfälische Städte durchgeführt wurden.

Seit Beginn der Sommerpause 2003 ist die Kommission in mehreren Arbeitsgruppen und Redaktionsteams damit befasst, die Auswertung der bereits vorliegenden Forschungsergebnisse in erste Textentwürfe für den Abschlussbericht zu gießen. Leitlinien hierfür

sind die in der letzten Klausurtagung beschlossenen Inhalte des ersten Gliederungsentwurfs. Demnach wird sich der Kommissionsbericht mit den veränderten Anforderungen an die Entwicklung in den Städten, der zunehmend wichtiger werdenden demographischen Entwicklung der Städte sowie den Anforderungen des ökonomischen Strukturwandels an die Städte befassen. Weitere Berichtsschwerpunkte sind der Wandel der Stadtgesellschaft, des Wohnumfelds und der Wohnungsmarktentwicklung sowie der zunehmenden Bedeutung der Städte in den Regionen. Interessant dürfte es nach Ansicht des Kommissionsvorsitzenden Hans-Peter Milles (SPD) werden, wenn sich die Kommission auf geeignete Handlungsempfehlungen für die Landespolitik verständigt. Der Zeitplan der Kommission sieht vor, den Abschlussbericht noch vor Beginn der Sommerpause 2004 dem Landesparlament vorzulegen.



Alle Mann (und Frau) an Bord – die Mitglieder der Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ mit den Fraktionsassistenten und den Fraktionsreferenten auf der letzten Klausurtagung.

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Unter Federführung des **Innenausschusses** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) findet am 9. Oktober in einer öffentlichen Sitzung, an der Mitglieder weiterer Ausschüsse teilnehmen, ein Sachverständigengespräch zum CDU-Entwurf eines NRW-Antikorruptionsgesetzes (Drs. 13/3528) statt.

+++

Zur Zukunft der „Daseinsvorsorge“ lädt der **Europa-Ausschuss** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) am 8. Oktober die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege ein. Von der EU liegt dem Ausschuss ein „Grünbuch zu Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse“ vor.

+++

Der **Schulausschuss** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) führt am 8. Oktober eine öffentliche Anhörung zum Thema „Zukunft braucht Geschichte“ durch, Beginn: 14 Uhr. Mit dem Thema „Schulsingen“ soll sich der Ausschuss nach dem Wunsch einer Petentin aus Berlin befassen, da „das natürliche Singen vom Aussterben bedroht“ sei und Technik das natürliche Gehör verbinde (fünfseitige Zuschrift 13/3124).

+++

Ein Gespräch mit der Künstlersozialkasse über berufliche Selbständigkeit von freien Schauspielern und Tänzern führt der **Sozialausschuss** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) zur Beratung eines CDU-Antrags am 8. Oktober.

+++

Der **Landwirtschaftsausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) tagt am 25. September im Gelände der Landesgartenschau Gronau. Außer dem Rundgang durch die Gartenschau steht ein Bericht über die neue EU-Agrarpolitik auf der Tagesordnung.

+++

Den FDP-Antrag „Windkraftanlagen in reizvoller, schöner Landschaft verbieten!“ lehnte die SPD-/GRÜNE-Mehrheit im **Umweltausschuss** nach der Aussprache am 17. September ab. Seitens der CDU wurde auch auf Standort-Bedenken von Raumordnungsexperten hingewiesen.

In der NRW-Akademie der Wissenschaften berät der **Wissenschaftsausschuss** (Vorsitz Joachim

Schultz-Tornau, FDP) am 25. September unter anderem über einen CDU-Antrag zur Nanotechnologie, den CDU-/FDP-Antrag „Bio-Konsens NRW“ und einen Kabinettsbeschluss zu „Spitzentechnologie für NRW“.

+++

Der **Frauenausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) informiert sich am 25. und 26. September in Straßburg über Gender Mainstreaming, Aupair-Vermittlung und Frauenbelange bei der Osterweiterung der Europäischen Union.

+++

„EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit von Ärzten zügig umsetzen“ ist der Titel eines FDP-Antrags, zu dem der Sozialausschuss mit Experten sprechen will. Der **Unterausschuss Personal** des Haushaltsausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) bat die Landesregierung in der Sitzung am 16. September um eine Darstellung der Folgen dieser Richtlinie für Landesbedienstete.



Illustration: h2m

+++

Von Lippstadt nach Warstein reist der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) am 25. September mit einem Steinzug im beigestellten Reisewaggon, nachdem die Westfälische Landes-Eisenbahn ihren Schienenverkehrsbetrieb vorgestellt hat. Wichtige örtliche Verkehrsprobleme werden am nächsten Tag auch in Erwitte behandelt.

+++

Auf ein großes „NRW-Haus“ in Brüssel soll verzichtet und stattdessen die derzeitige Landesvertretung an ihrem guten Standort renoviert werden. Darauf verständigten sich die Fraktionen im **Europa-Ausschuss** und die Landesregierung in der Sitzung am 17. September.

Die für den 8./9. Oktober geplante Klausurtagung des **Haushaltsausschusses** (Vorsitz

Volkmar Klein, CDU) zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005 wurde verschoben und findet nun am 4./5. Dezember in Dortmund statt. Vom 10. bis 12. September hielt sich der Ausschuss in Berlin zu Gesprächen über die Reform der Gemeindefinanzen, über den „Finanzplatz Deutschland“ und über die Neuordnung des Liegenschafts-Managements in Berlin auf.

+++

Der **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** (Vorsitz Oda-Gerlind Gawlik, SPD) informierte sich am 22. und 23. September in Rotterdam und Utrecht über die Integration in den Niederlanden.

+++

„Radsport in NRW“ stand am 22. September auf der Tagesordnung des **Sportausschusses** (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU). Dabei ging es um Vereine, Radtourismus und „Mountainbiking zwischen Sport und Umweltschutz“.

+++

Nur zwölf evangelische Kirchen von insgesamt 1.000 in NRW werden anderweitig genutzt. Bei sechs weiteren Kirchen stellt sich diese Frage in den nächsten Jahren. Das teilte Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) am 17. September mit. Er trat dafür ein, Kirchen auch Muslimen zur Verfügung zu stellen.

+++

Fast 100 Millionen Euro gibt das Land in diesem Jahr für Prozesskostenhilfe aus. Wem sie bewilligt wird, der braucht keine Gerichtskosten, keine Auslagen und keine Anwaltsgebühren zu bezahlen. Prozesskostenhilfe solle nur noch mit Selbstbeteiligung gewährt werden, fordert der NRW-Richterbund, der dem **Unterausschuss Personal** zehn praxisgerechte Vorschläge zu Einsparungen im Justizbereich am 23. Juli übersandte (Zuschrift 13/3129).

+++

Wegen der schweren Erkrankung ihrer Mutter dürfen der Vater und zwei Söhne einer kurdischen Familie noch einige Monate in Deutschland bleiben. Sie sind aus der Abschiebehafte entlassen worden. Das teilte der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) mit. Nachdem die Asylgesuche der männlichen Familienmitglieder endgültig abgelehnt worden waren, hatten sich Vater und Söhne in einem Kloster im Kreis Viersen versteckt. Ein Polizeieinsatz sorgte für die richterlich angeordnete Vorführung bei der Ausländerbehörde. ☹



**Musikalischer Brückenschlag** von Kalinigrad an den Rhein – mit ihren klaren und hellen Stimmen gelang dem Kinderchor mit dem Namen „Königsberger Grillen“ mühelos ein Beitrag zur Völkerverständigung und zum guten Miteinander. Auf Einladung der CDU-Abgeordneten Jutta Appelt (mittlere Reihe rechts) besuchten die Jungen und Mädchen den Landtag und gaben in mehreren Sprachen eine Kostprobe ihres abwechslungsreichen Repertoires. Zum Schluss empfing den Chor und seine Begleitung der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl (hintere Reihe Mitte).

## Altenpflegeausbildung: CDU propagiert saarländisches Modell

### Regierungskoalition setzt mit Nachdruck auf eigenen Weg

*Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung zu Schritten aufgefordert, um im Land zu einer modernen, bundesweit einheitlichen Altenpflegeausbildung auf hohem Niveau zu kommen. Die bundesrechtlichen Voraussetzungen dafür seien gegeben, betont die Fraktion in ihrem entsprechenden Antrag (Drs. 13/4033), den der Landtag vor der Sommerpause erörtert und zur Schlussabstimmung an den Gesundheitsausschuss überwiesen hat.*

Josef Wilp (CDU) monierte, dass bisher in den 16 Bundesländern nach 17 unterschiedlichen Ausbildungsregelungen unterrichtet worden sei. Die Länder hätten zwar großen Gestaltungsspielraum, den aber sollten sie zusammen mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung nutzen, um in der Ausbildung Wissen über die Begleitumstände des Alterns und Grundlagen für die Altenpflegerische Tätigkeit zu verankern. Für die Übernahme dieses bereits entwickelten und im Saarland erprobten Ausbildungsmodells in NRW trete die CDU ein, erklärte Wilp. Er unterstrich zugleich die Notwendigkeit, dass für den Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers als Tätigkeit mit Anspruch und Zukunft geworben werden müsse. Jungen Leuten mit Ausbildungsplatz müsse das Land auch einen Platz in den Schulen zur Verfügung stellen.

Rainer Bischoff (SPD) bestritt Versäumnisse des Landes. In dem Antrag werde das Saarland-Modell kritiklos über alles gestellt. Offenbar kenne die Opposition den Sachstand in NRW nicht. Dort habe die Landesregierung nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes Arbeitsgruppen zusammen mit den Beteiligten der Altenpfle-

geausbildung, der Freien Wohlfahrtspflege, den privaten Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden, eingerichtet, um das Curriculum zu entwickeln, weil – wie man erkannt habe – das saarländische Modell deutliche Schwächen aufweise.

Dr. Jana Pavlik (FDP) kritisierte den nordrhein-westfälischen Eigenweg. Das von der CDU angeführte Curriculum des Bundesinstituts sei ein detailliert ausgedacht Konzept, das „es ermöglicht, den Altenpflegeberuf auf die Qualität zu heben, die dem Berufsstand auf Dauer auch eine ihm gebührende Anerkennung in der Öffentlichkeit garantieren wird“. Im Ausschuss sei über den Antrag zu reden – auf der Grundlage der Erfahrungen in anderen Bundesländern mit dem Curriculum des Instituts.

#### ABWEICHUNGEN

Barbara Steffens (GRÜNE) riet zu Geduld. Anstatt zu fordern, es in NRW genauso wie im Saarland zu machen, solle man die Angelegenheit zusammen mit dem, was in NRW geschehe, ruhig und sachlich diskutieren „und dann entscheiden, was aus welchen Gründen das Beste für dieses Land ist“.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) teilte mit, bei der Untersuchung des saarländischen Curriculums habe man Abweichungen vom Bundesrecht festgestellt: Es entspreche nicht der Rechtsverordnung des Bundes und der Ausbildungsprüfungsordnung. So würden vom Curriculum des Bundesinstituts „weder hinsichtlich der Anzahl noch hinsichtlich der Bezeichnung noch hinsichtlich der Stundenzahl die in der Rechtsverordnung ausgewiesenen Lernfelder übernommen“.

## „Bisher reichte das Geld aus“

In zweiter Lesung hat der Landtag den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege (Drs. 13/2942) mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Mit diesem Entwurf wollte die Union angesichts wachsender Aufgaben die finanzielle Basis der Stiftung durch einen festen Schlüssel für die der Stiftung zufließenden Spielbankenerlöse absichern. Horst-Dieter Vöge (SPD) wies darauf hin, dass bisher keine Anträge auf Förderung durch die Stiftung aus finanziellen Gründen hätten abgelehnt werden müssen; die Mittel reichten also aus. Für Ursula Monheim (CDU) lag eine ärgerliche Diskrepanz darin, dass die Spielbankenerlöse für das Land immer weiter stiegen (in diesem Jahr auf knapp 120 Millionen Euro), aber nur 25 Millionen davon der Wohlfahrtspflege zur Verfügung stünden. Dr. Stefan Romberg (FDP) plädierte auf Gleichbehandlung: In einer solchen Haushaltssituation wie derzeit, könne man nicht eine Stiftung bevorzugen „und alles andere auf den Prüfstand stellen“. Barbara Steffens (GRÜNE) fand es nicht zu verantworten, „dass von dem wenigen Geld, das zu verteilen ist, noch mehr in eine Stiftung fließen soll“ – unabhängig davon, „wie schön und förderwürdig“ die Projekte seien, die unterstützt werden sollen. Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) fasste ihren Eindruck zusammen, bei allen Unterschieden verbinde die Fraktionen die Erkenntnis, „dass die Stiftung Wohlfahrtspflege ihre soziale Zweckbestimmung bisher in hervorragender Weise erfüllt hat“. Sie rate von einer gesetzlichen Festlegung ab, weil es gute Gründe für Regelungen gebe, die jährlich getroffen würden. Und die seien im Übrigen von Landesregierung und Parlament immer verantwortlich gefällt worden.

## Hohe Begabung setzt sich nicht von selbst durch

### Landtag erörtert Große Anfrage der FDP-Fraktion und Antwort der Landesregierung

„*Situation und Perspektiven Hochbegabter*“ betitelte die FDP eine Große Anfrage (Drs. 13/3596), über die im Landtag zusammen mit der Antwort der Landesregierung (Drs. 13/3990) debattiert worden ist. Das Plenum bezog in die Diskussion den Antrag von SPD und Grünen (Drs. 13/4047) mit dem Titel „*Begabung als Chance nutzen – Konzepte zur Begabtenförderung an nordrhein-westfälischen Schulen*“ ein. CDU und FDP hatten zudem einen Entschließungsantrag „*Hochbegabte wirkungsvoll fördern*“ (Drs. 13/4104) vorgelegt.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte, es müsse eine Individualisierung an den Schulen stattfinden. Würden Lehrer so ausgebildet, dass Individualisierungskonzepte in den Grundschulunterricht einfließen könnten, sei die Debatte über Hochbegabtenförderung überflüssig. Nach Ansicht der FDP werde zu wenig für die Förderung Hochbegabter im Lande getan. An den Schulen werde allenfalls Leistung gemessen, nicht aber das Begabungspotenzial junger Menschen. Die Rahmenbedingungen von Schule seien eher ein „Risikofaktor“ für Hochbegabte, da sie „das nötige Rüstzeug in Bezug auf eine hochwertige Lehrerfortbildung und zusätzliche Ressourcen“ verweigerten. Dies werde sich sowohl für die Betroffenen als auch für den Wirtschaftsstandort NRW rächen.

Hans Frey (SPD) erklärte, die üblichen Bildungsgänge sollten durch individuelle Sondermaßnahmen und spezielle Förderangebote flexibilisiert werden. „Der nordrhein-westfälische Weg, über ein differenziertes,

integratives Angebot Hochbegabtenförderung zu leisten, ist die richtige Perspektive“; es dürfe keine „Kasernierung“ von hoch begabten Kindern geben. Die SPD sehe die wesentlichen Aspekte in schnellerem Lernen, der Verkürzung von Lern-, Studien- und Ausbildungszeiten, der Anreicherung von Lernangeboten, der Entwicklung und Erprobung von Formen der Individualisierung des Unterrichts sowie der Optimierung der Betreuung und Beratung für Kinder und Eltern. Frey: „Der nordrhein-westfälische Weg, über ein differenziertes, integratives Angebot Hochbegabtenförderung zu leisten, ist die richtige Perspektive.“

#### FLEXIBEL

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sagte, die Grünen befürworteten die Regelungen zur flexiblen Einschulungsphase und zur Sprachfeststellung als Möglichkeiten, Schullaufbahnen individuell zu gestalten. Die Verkürzung der Schullaufbahn

sei ein weiteres Element der Begabtenförderung, aber man brauche vor allem zusätzliche Lernangebote und eine Methodenvielfalt, um das Lernen zu bereichern. Zudem würden spezialisierte Beratungslehrer für Hochbegabte ausgebildet. Nun gelte es, diese Maßnahmen zu intensivieren.

Marie-Theres Ley (CDU) sah in den genannten Angeboten wie Arbeitsgemeinschaften, Austauschprogrammen oder Praktika keine spezielle Hochbegabtenförderung. Die CDU fordere flächendeckende Aus- und Weiterbildung im Bereich Hochbegabtenförderung für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher. Die meisten Angebote in diesem Bereich seien privat initiiert worden. Die genaue Zahl hochbegabter Kinder müsse im Land festgestellt werden, um gezielt fördern zu können. Eine Schule nur für Hochbegabte solle gegründet werden.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) meinte, Begabung müsse rechtzeitig erkannt und gefördert werden, da sich besonders Begabte nicht in jedem Fall von selbst durchsetzen. Die Landesregierung sei deshalb dafür, Lehrer und Erzieher für die Erkennung und Förderung von Hochbegabten zu sensibilisieren sowie das Förderangebot auszuweiten. Ziel sei es, alle Kinder und Jugendlichen nach ihren eigenen Fähigkeiten optimal zu fördern und zu fördern.



Lennart Meri, ehemaliger Präsident der Republik Estland (2.v.r.), hat sich beim Empfang durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt in das Gästebuch des Landtags eingetragen. Dabei berichtete Meri, der von 1992 bis 2001 Staatspräsident Estlands war, über die politischen Ziele, die er in seiner Amtszeit verfolgt hat: die Mitgliedschaft der Republik in Nato und Europäischer Union. Zweite Station des Besuchs war Meris Teilnahme an einer Sitzung der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe unter der Leitung ihres Vorsitzenden Jan Söffing (2.v.l.). Der hob in dem Gespräch die engen Bindungen zwischen Estland und Deutschland hervor, die seit Jahrhunderten bestünden und lobte die engen Verbindungen zwischen beiden Staaten. Mit auf dem Bild die Dolmetscherin (r.) und der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentariergruppe, Werner Jostmeier (CDU, l.).

Der Landtag überwies den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Landtagswahlen (Drs. 13/4002) nach kontroverser Aussprache am 4. Juli an den Hauptausschuss. Damit das Gesetz rechtzeitig zur nächsten Landtagswahl 2005 In-Kraft-Treten kann, muss die Neueinteilung der Wahlkreise festgelegt und beschlossen sein. Das ist laut Innenminister spätestens bis Februar 2004 erforderlich. Denn ab März nächsten Jahres können die Parteien ihre Kandidaten nominieren.

## Gesetzentwurf: Weniger Wahlkreise und neue Grenzen

Vorwurf der Opposition:  
„Zuschnitt nach SPD-Interessen“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bezeichnete die Verkleinerung des Landtags von 201 auf 181 Sitze als Herzstück des Gesetzes. Die Zahl der Wahlkreise verringere sich von 151 auf 128. Die Wahlkreise sollten räumlich zusammenhängen. Auf die Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte sei Rücksicht zu nehmen. Gemeindegrenzen sollten nur ausnahmsweise durchschnitten werden. Die Wahlkreise sollten eine annähernd gleich große Einwohnerzahl umfassen. Die neue Grenze der Abweichung von der durchschnittlichen Einwohnerzahl um höchstens 20 Prozent werde in keinem Fall unter- oder überschritten. Der Minister erwartet eine lebhaftige Diskussion im Ausschuss über den Zuschnitt einzelner Wahlkreise, da teilweise auch andere Lösungen denkbar seien. Zur Verkleinerung des Landtags sei ein möglichst breites Einvernehmen ein ermutigendes Signal in schwierigen Zeiten.

Dorothee Danner (SPD) erläuterte, die Einwohnerzahl liege bei durchschnittlich 141.095. Weil in Großstädten deutlich weniger Menschen lebten als im ländlichen Raum, sei es zu den jetzt 30 Überhang- und Ausgleichsmandaten gekommen. In der Regel werde ein Bundestagswahlkreis in zwei Landtagswahlkreise aufgeteilt. Beim Neuzuschnitt der 128 Wahlkreise gebe es gute Lösungen, etwa beim Bereich Aachen, im Erftkreis, bei Düren und Euskirchen.

Herbert Reul (CDU) kritisierte, elf neue Wahlkreise überschritten die 15-Prozent-Grenze bei der Einwohnerzahl. Neun weitere seien nahe an dieser Grenze. Die SPD habe gegenüber dem ersten Entwurf 17 von 20 Änderungen durchbekommen. Für die CDU seien nach dem Ausgang der letzten Wahlen weniger Wahlkreise direkt zu gewinnen. Die SPD habe die Wahlkreise je nach ihrer Mehrheitschance extrem klein oder extrem groß

gemacht, wies Reul an Beispielen auf. Möglichst viele kommunale Grenzen würden entgegen der Vorgabe durchschnitten. Ohne Not würden bei Aachen-Euskirchen drei Gebietskörperschaften betroffen. Die ehemalige Stadt Porz werde in rechts- und linksrheinische Wahlkreiszugehörigkeit zerschlagen. Auch Lindlar im Oberbergischen Kreis werde so zerschlagen, dass es für die SPD günstiger werde. In Bonn werde ein Wahlkreis geschaffen, der quer durch die Stadt gehe. So eine ungeheuerliche Zerschneidung von Wahlkreisen zur Stabilisierung von Macht habe er noch nicht erlebt, sagte Reul nach weiteren Beispielen. Ohne einen Kompromiss in den Ausschüssen „fliegen die Kugeln tief“, sagte er.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) bemerkte, nicht zuletzt durch die Drohungen der FDP mit einem Volksbegehren habe Rot-Grün sich zur Verkleinerung durchgerungen. Die FDP halte 151 Abgeordnete für völlig ausreichend für ein effizient arbeitendes, bürgernahes Parlament. Leider werde die Zahl der Direktmandate nur um 23 auf 128 reduziert. Neue Zuschnitte nach SPD-Chancen seien bemerkenswert. Am Ende komme es auf die Wähler an. Ein Gesetz, das ausschließlich SPD-Interessen diene, trage die FDP nicht mit.

Als Beispiel für eine unannehmbare Neueinteilung nannte Herbert Reul (CDU) den neuen Wahlkreis 2, der eine Großstadt (Aachen) und zwei Landkreise (Aachen I und Euskirchen I) umfassen soll. Dieser Zuschnitt sei viel zu groß. In Bonn und anderswo würden gewachsene Bezüge willkürlich zerschnitten.



Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hielt das Gesetz für ein wichtiges Signal, das die Politik auch bei sich selbst spare. Natürlich führe die Vergrößerung der Wahlkreise dazu, dass mehr Menschen zu betreuen und weitere Wege zurückzulegen seien. Den Kriterien räumlicher Zusammenhang, annähernd gleich große Einwohnerzahl und Rücksicht auf Grenzen der Kreise und Städte werde der Entwurf gerecht. Dem Innenministerium sei für die Arbeit zu danken.

Michael Groschek (SPD) schloss sich dem Dank an und sah wenig Änderungsbedarf sowie als Lehre aus den letzten Wahlen an, dass es keine Pfründe für Parteien mehr gebe. Er hielt beide große Parteien für „gekniffen“. Die Sozialdemokraten seien strukturelle Verlierer der Neueinteilung, weil sie in ihren Hochburgen im Ruhrgebiet Wahlkreise an die eher ländlichen „Speckgürtel“ abgeben müssten. Die CDU-Vorwürfe seien absurd, weil die Wähler keine Pfründe für Parteien mehr zuließen. Über den Gesetzentwurf solle sachlich diskutiert werden.

SPD

## SPD: Wir sparen für bessere Schulen, damit nicht an der Schule gespart werden muss

Für die SPD-Fraktion stehen die bildungspolitischen Ziele für bessere Schulen, mehr Investitionskraft der Kommunen und die konsequente Vertretung nordrhein-westfälischer Interessen im Zentrum der politischen Arbeit. Das bekräftigte SPD-Fraktionschef Edgar Moron mit Blick auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen. Die Fraktion werde jede Chance nutzen, das Qualitätsniveau der schulischen Bildung zu erhöhen. Das Land werde dazu alle finanziellen Möglichkeiten bis zur Belastungsgrenze nutzen und auch an anderer Stelle sparen. „Wir sparen für bessere Schulen, damit nicht an der Schule gespart werden muss“, beschrieb Edgar Moron den Schwerpunkt der bevorstehenden Haushaltsberatungen. Schulische Bildung beginne für die SPD-Fraktion bei der vorschulischen Erziehung und beinhalte auch die berufliche Qualifizierung.

Mit der Verlängerung der Wochenarbeitszeit im Öffentlichen Dienst werde den Lehrerinnen und Lehrern ein Beitrag für die neue Schule NRW abverlangt. Die SPD-Fraktion werde sicherstellen, dass an den nordrhein-westfälischen Schulen nicht für den Finanzminister gespart werde. „Die Potenziale, die wir ausschöpfen, kommen ausschließlich den Kindern und Jugendlichen zugute“, schrieb der SPD-Fraktionsvorsitzende fest. Zu den Potenzialen, die besser als bisher genutzt werden sollten, gehörten auch mehr Selbstständigkeit der Schulen und deren Entlastung von Vorschriften und Erlassen.



CDU

## CDU: Jürgen Rüttgers auf Lehrstellen-Tour mit Landräten und Bürgermeistern

Wir wollen alles dafür tun, damit jedem Jugendlichen, der eine Ausbildung machen kann und will, eine Lehrstelle angeboten werden kann. Ganz konkret! Mit diesen Worten startete Jürgen Rüttgers nach der Sommerpause zusammen mit Landräten und Bürgermeistern zu einer Lehrstellen-Tour durch NRW, um vor Ort für mehr Ausbildungsstellen zu werben.

Der Besuch von Autozulieferern in Bergneustadt und in Recklinghausen, einer Malerfirma in Herzogenrath und einem Zinkverarbeitungsunternehmen in Hückelhoven



sowie ein Termin mit dem Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, im Rahmen der Aktion „7x7 – Kirche für Ausbildung“ standen auf dem Programm. „Wenn wir alle kurz vor Beginn des Ausbildungsjahres zulegen, können wir die drohende Lehrstellenkatastrophe abwenden“, betonte Rüttgers.

Noch im Oktober wird er seine Tour fortsetzen. Dabei will er auch den Unternehmen danken, die bereits heute mehr Auszubildende einstellen als ursprünglich geplant.



FDP

## FDP: Orden für Schultz-Tornau

Dem FDP-Landtagsabgeordneten Joachim Schultz-Tornau ist das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Die Ehrung wurde von Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) vorgenommen. Joachim Schultz-Tornau (60) schloss 1971 sein Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten in Saarbrücken und Tübingen ab. 1966 trat der Unternehmensberater der FDP bei. In der Zeit von 1985 bis 1995 war Schultz-Tornau Mitglied des Landtags NRW und Abgeordneter der FDP-Fraktion. Von Dezember 1994 bis April 1996 war er Vorsitzender des FDP-Landesverbandes NRW sowie von 1995 bis 1997 Mitglied des Präsidiums der Bundespartei. Seit 2000 ist der Wahl-Bielefelder erneut Mitglied des Landtags NRW und Abgeordneter der FDP-Fraktion. Schultz-Tornau ist Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung. Innerhalb der FDP-Fraktion leitet er den Arbeitskreis „Bildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung“.



GRÜNE

## GRÜNE: Frauen-Selbstständigkeit zwischen Existenzangst und Unternehmen

Auf großes Interesse stieß ein Fachgespräch der Grünen, in dem es um die unterschiedlichen Gründungs- und Arbeitsbedingungen von selbstständigen Frauen ging. Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann begrüßte über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Gründungsszene. Unternehmerinnen, Beraterinnen, IHK-Vertreterinnen und Bäckerinnen diskutierten mit den Abgeordneten der Landtagsfraktion.

Obwohl ein Drittel der Existenzen in NRW von Frauen gegründet wird, spielen deren Belange in der traditionellen Wirtschaftspolitik eher eine untergeordnete Rolle: Es mangelt beispielsweise an Unterstützung bei der Kreditbeantragung und Beratungsangeboten bei der langfristigen Finanzierung und Konsolidierung. Natürlich ist auch bei selbstständigen Frauen die Vereinbarkeit von Familienpflichten und Berufstätigkeit ein großes Thema. Klar wurde: Frauen gründen anders. Aber wenn die Erwerbstätigkeit von Frauen gesteigert werden soll, muss die Wirtschaft und auch die Wirtschaftsförderung noch einiges dazulernen. Eine der wertvollsten Ressourcen sollte in Zukunft nicht verschwendet werden: hoch motivierte, qualifizierte Frauen, die zudem auch noch soziale Kompetenzen einbringen. Die Zusammenfassung der erarbeiteten Anregungen und Forderungen können auf der Homepage von Marianne Hürten abgerufen werden. [www.marianne-huertten.de](http://www.marianne-huertten.de)





## Porträt der Woche: Jürgen Thulke (SPD)

Jürgen Thulke trägt stets ein hübsches Souvenir für den Politikwandel in Deutschland bei sich. Wenn er eine Anekdote erzählen will, öffnet er seinen weinroten Aktenkoffer mit ausgeleiertem Verschluss, den er seit zwanzig Jahren trägt, und zieht eine schmale Broschüre hervor. Darauf steht „In Essen ist immer ein Bad im Bau“, gedruckt von einer stolzen Stadtverwaltung. Sie stammt aus dem Jahre 1975, als Politik machen noch bedeutete, Geld großzügig auszugeben. Gern erzählt er dann auch vom damaligen „Amt für Entwicklungsplanung“, in dem eifrig darüber nachgedacht wurde, wo sich etwas errichten ließe. „Damals wurden ständige neue Einrichtungen gebaut“, sagt Jürgen Thulke. „Heute geht es darum, welche Einrichtung geschlossen werden muss.“

Der 64-Jährige ist einer jener altgedienten Landtagsabgeordneten, die den Wandel von der wohlhabenden zur verarmten Politik schmerzvoll miterlebt haben. Seit 38 Jahren ist er Mitglied der SPD,



Landtagsabgeordneten, die den Wandel von der wohlhabenden zur verarmten Politik schmerzvoll miterlebt haben. Seit 38 Jahren ist er Mitglied der SPD,

seit vier Legislaturperioden gehört er dem Düsseldorfer Landtag an. In zwei Jahren läuft das Mandat aus, und er wird nicht mehr antreten. „Ich hätte mir das glatt noch mal zugetraut“, sagt Jürgen Thulke. Kernig sieht er aus, er ist hoch gewachsen, schlank und braun gebrannt vom Urlaub in Costa Rica. Keinerlei Anzeichen von Stress. Dennoch bezeichnet er sein Alter als „Oberkante“ – seine persönliche äußerste Grenze, um die aktive Politikerlaufbahn zu beenden. Den Vorsitz im SPD-Ortsverein Essen-Frintrop hat er im Frühjahr nach 31 Jahren abgegeben. Die Mitglieder haben ihn zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

### ZEITENWECHSEL

Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben durchaus ihre Spuren hinterlassen. Als Abgeordneter werde man ständig gefragt, aufgefordert, um etwas gebeten. Man sei „Ansprechpartner“ und „Türöffner“. Jürgen Thulke hat den NRW-Parlamentarier stets als Basispolitiker auf höherer Ebene verstanden. Er saß ohne Unterbrechung im Ausschuss für Kommunalpolitik. Der gebürtige Essener und langjährige Ratspolitiker kann viele Begebenheiten erzählen, wo er diesem oder jenem geholfen hat, wie er für die Belange anderer gefochten hat und sich dadurch selbst Einfluss gesichert hat. „Ich bin so etwas wie die personalisierte SPD in Essen gewesen“, sagt er nicht ohne Stolz. Jürgen Thulke spricht oft in der Vergangenheitsform, leise Anzeichen eines Abschieds.

Bei ihm ist herauszuhören, dass das politische Wirken immer komplizierter wird und auch das Image eines tatkräftigen Förderers sich angesichts leerer Kassen schwerlich aufrechterhalten lässt. Früher habe er abgleichen können, was er von dem Zugesagten auch gehalten habe. „Heute kann man nichts mehr versprechen. Man kann sich nicht mehr festlegen“, sagt Jürgen Thulke. Ein pathetisches Lamento stimmt er aber nicht an. Dazu ist der Ingenieur der Nachrichtentechnik zu abgeklärt. Nüchtern blickt er auf seine Arbeit und auf eine versunkene Ära in den 80-er Jahren zurück, als kein Gedanke an eine Koalition mit den Grünen verschwendet wurde, weil die SPD noch allein herrschte. „Die absolute Mehrheit war schöner“, sagt er.

Bald kann er die absolute Freiheit genießen. Langeweile wird dabei bestimmt nicht aufkommen. Mit seiner Ehefrau Angelika will er entlegene Winkel der Erde erforschen. Die Reiselust ist bei ihnen daheim nicht zu übersehen. Dutzende von exotischen Masken hängen im Wohnzimmer, groteske Figuren bewachen die Treppe zum Obergeschoss. „Sri Lanka, Malaysia, Bali, Namibia, Kamerun“, zählt Jürgen Thulke auf und würde gar nicht mehr aufhören – wenn da nicht eine weitere Leidenschaft wäre: ein kleines Gewächshaus, das innen zugewuchert ist und auf der großzügigen Terrasse im dritten Stockwerk steht. Hier kümmert er sich um tropische Farne und um seine Lieblingspflanze, die Orchidee. „Die ist unverwüstlich“, schwärmt er. Orchideen würden sogar auf blankem Fels wachsen. Vielleicht erzählt er dieses biologische Kunststück als neue Anekdote, wenn es wieder einmal um die Gestaltungsfähigkeit von Politik geht.

*Kristian Frigelj*

## Zuckertest

Gesundheit hat im Landtag einen hohen Stellenwert: Seit zwei Jahren haben alle Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags Nordrhein Westfalen, Gelegenheit, sich gegen Grippe impfen zu lassen. Diese Aktion des „IAS Institut für Arbeit- und Sozialhygiene Stiftung“ findet am 30. September zwischen 9.30 und 16 Uhr im Landtag statt. Nächster Schritt in Sachen Gesundheit: Ein „Diabetes-Info-Mobil“ kommt am 1. Oktober vor die Tore des Landtags, um die Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags zum Thema Zuckerkrankheit vorbeugend zu beraten und auf Diabetes hin zu untersuchen. Der Deutsche Diabetiker Bund, Landesverband NRW e.V., setzt dieses Mobil seit kurzem erfolgreich ein, um vor Ort die Bürger und Bürgerinnen über das Krankheitsbild „Diabetes mellitus“ zu informieren.

## Naschwerk

Angenehm überrascht wurden die aus der Sommerpause zurückgekehrten Abgeordneten des Landtags Nordrhein Westfalen: Auf Einladung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt präsentierten am Tag der ersten Plenarsitzung Konditoren aus der Region zwischen Rhein und Wesel ein herzhaft-süßes Büffet. Die Begegnung des Konditorenhandwerks mit der Landespolitik geschah nicht ohne Hintergrund: Mit dieser Aktion wollten die Konditoren auf die geplante Abschaffung des Meisterbriefs aufmerksam machen. Sie wird von ihnen abgelehnt. In Nordrhein-Westfalen bilden die Konditoreibetriebe pro Jahr an die 8.000 Lehrlinge aus. In den Augen der Zunft ist der Meistertitel Grundvoraussetzung für das Handwerk. Darum fordern ihre Vertreter, dass die Meisterpflicht für die Lebensmittelhandwerke weiter bestehen bleiben müsse.

### LANDTAG INTERN

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte,  
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09,  
Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**

**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 25. September bis 4. Oktober 2003

25.9. Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)	62
26.9. Winfried Schittges (CDU)	57
28.9. Ilse Ridder-Melchers (SPD)	59
2.10. Michael Breuer (CDU)	38
4.10. Birgit Fischer (SPD)	50

### Landtagspräsident Schmidt:

### Abgeordnete sollen auf Diätenerhöhung verzichten

Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat dem Präsidium des Landtags vorgeschlagen, die sich nach dem jährlich zu erstellenden Angemessenheitsbericht ergebende Erhöhung der Diäten nicht zu realisieren. Basis der Daten sind aktuell vorliegende Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen. Der Angemessenheitsbericht, der vom Landtagspräsidenten jährlich vorgelegt werden muss, kommt zu dem Ergebnis, dass die Diäten für die Landtagsabgeordneten aufgrund üblicher Kostensteigerungen um 2,85 Prozent für das Jahr 2004 erhöht werden sollten. Dem stimmt Landtagspräsident Ulrich Schmidt aber nicht zu: „Wegen der zurzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage und aus Solidarität zu allen Bürgerinnen und Bürgern im Lande, die ebenfalls sparen müssen, bin ich gegen eine Erhöhung der Diäten.“ Er empfiehlt den Abgeordneten, darauf zu verzichten. Deshalb möchte er die Diätenerhöhung auch nicht in den Haushaltsentwurf 2004/2005 aufnehmen.

### Ausstellung der Tischler

Zum ersten Mal im Landtag ist das nordrhein-westfälische Tischlerhandwerk zu Gast. Am 1. Oktober übergibt Landtagspräsident Ulrich Schmidt den Siegerinnen und Siegern des Wettbewerbs „Die gute Form – Tischler gestalten ihr Meisterstück“ die Preise. Vom Phonomöbel über das Sideboard bis zum Schreibtisch reichen die ausgestellten Stücke, die in der Wandelhalle des Landesparlaments bis 5. Oktober besichtigt werden können.

### Andacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 16. Oktober 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



### ART Projekt Menschenkette

... heißt die Ausstellung, die im Landtag bis zum 2. Oktober zu sehen ist. Rund 450 Schülerinnen Schüler des Kölner Südens nahmen an dem Projekt der Jugend-Kunstschule Rodenkirchen zur Förderung der besseren Verständigung junger Menschen untereinander teil. Unterstützt von der Projektleiterin Ingeborg Zimmermann gestalteten sie 24 lebensgroße Figuren nach Künstlern wie Hundertwasser, Dali, Magritte und Delaunay sowie den Malern der Tunisreise August Macke und Paul Klee. Landtagspräsident Ulrich Schmidt betonte bei der Eröffnung der Ausstellung: „Es sollte zu unserem gesellschaftlichen Selbstverständnis gehören, dass künstlerische Bildung zu den ganz großen Gütern gehört, auf die unsere Kinder genauso Anspruch haben wie auf das Lernen von Schreiben, Lesen und Rechnen.“

Foto: Schälte